Sudetenpost

Erscheinungsort Wels P. b. b.
Verlagspostamt 4020 Linz
Einzelpreis € 1,38 GZ 02Z030477M

Offizielles Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

Folge 3 | Wien – Linz, 12. Februar 2004 | 50. Jahrgang

Appell zur EU-Erweiterung
(Seite 3)

Serie über den Völkermord, Teil 10
(Seiten 4 und 5)

Donauschwaben vor Restitution
(Seite 6)

Präsident wohnt in Prager Beutevilla: Muß Klaus raus aus diesem Haus?

Der tschechische Staatspräsident Václav Klaus wohnt in einer Villa, die einst einer nach dem Zweiten Weltkrieg auf Grund der Beneš-Dekrete enteigneten und später vertriebenen deutschen Familie gehört! Das Gebäude wurde Klaus erst vor kurzem vom Verteidigungsministerium zugeteilt, das als Eigentümer auftritt. Wie die tschechische Tageszeitung „Mlada fronta dnes" kürzlich enthüllte, stand die im sechsten Prager Stadtbezirk gelegene Luxus-Villa im Besitz der Familie Lippert, die in Prag ein damals berühmtes Feinkostgeschäft betrieb. Die Geschwister Viktor Lippert und Marie Knapp (geb. Lippert) seien im Mai 1946 nach Bayern abgeschoben worden. Sowohl das Verteidigungsministerium als auch die Präsidentschaftskanzlei gaben an, die Vorgeschichte des Hauses nicht gekannt zu haben. Sehr schnell wußte allerdings das Innenministerium dann über die Geschichte der Lipperts Bescheid. NSDAP-Mitglieder seien beide gewesen, gab ein Mitarbeiter des ministeriellen Archivs bekannt. Klaus scheint allerdings bewußt zu sein, daß es sich hier um eine äußerst brisante Angelegenheit handelt. „Wenn das so ist, dann könnte das neue Fragen aufwerfen", so Klaus-Sprecher Petr Hayek gegenüber der Tageszeitung „Neues Volksblatt". Klaus selbst lehnte eine Stellungnahme ab und ließ seinen Sprecher versuchen, die Verantwortung auf das Verteidigungsministerium abzuwälzen. „Der Präsident ist ja nur der Nutzer", so Hayek. Daß der tschechische Präsident aber in einem geraubten Haus wohnt, ist schwer vorstellbar, zumal die tschechische Presse schon argwöhnte, daß dies Wasser auf die Mühlen der Sudetendeutschen Landsmannschaft wäre. Hayek wollte zwar „nicht spekulieren, aber vielleicht ist das die Gelegenheit, darüber nachzudenken, ob man nicht überhaupt eine neue Villa für den Präsidenten baut?". Denn: „In Prag hat doch jedes Haus eine komplizierte Geschichte..." Der stellvertretende Verteidigungsminister Jan Dvoznik sagte, die Armee habe über die Geschichte des Hauses keine Nachforschungen angestellt. „Mlada fronta dnes" schrieb, das Verteidigungsministerium habe Klaus in eine diplomatisch unangenehme Situation gebracht. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft (SL) habe damit im Streit mit Prag ein symbolisches Argument gewonnen. Klaus könnte unter Druck geraten, schrieb die Zeitung. Für den Chef des SL-Kontaktbüros in Prag, Peter Barton, ist die Klaus-Villa ein gutes Beispiel dafür, daß man keinen dicken Schlußstrich unter die Vergangenheit machen könne. Barton: „Die früheren Schicksale werden nun ans Licht kommen."

Das Bild der Heimat

Die Polzenbrücke bei Altstadt im Winterkleid.

Sag mir, wo Du wohnst...

VON MANFRED MAURER

DIE PIKANTE ANGELEGENHEIT hätte sich leicht vermeiden lassen. Sie wäre anderswo auch kaum passiert. Und dies nicht nur deshalb, weil in Österreich sowohl Heinz Fischer als auch Benita Ferrero-Waldner angekündigt haben, im Fall ihrer Wahl zum Bundespräsidenten auf eine Amtsvilla zu verzichten. Hierzulande würde sich grundsätzlich kein halbwegs intelligenter Politiker in eine Dienstvilla vermitteln lassen, ohne sich zuvor deren Geschichte genau angeschaut zu haben. Es könnte ja ein arisiertes Objekt sein. Und dann hätte der Nutzer „den Scherm" auf. Ein in (entgegen allen Behauptungen) intensiver Vergangenheitsbewältigung geschärftes Bewußtsein würde verhindern, was jetzt Václav Klaus passiert ist: Er bewohnt eine Villa, die einer vertriebenen Familie gehört(e).

WEDER DAS Verteidigungsministerium, das sich heute als Eigentümer dieses Gebäudes ausgibt, noch der Staatspräsident als Nutzer haben sich darum gekümmert, ob es möglicherweise eine heikle Geschichte aufweist. Das wäre ja schon aus taktischen Gründen klug gewesen: Klaus ist doch wohl der Letzte, der sich vorwerfen lassen wird wollen, Wasser auf die Mühlen der Sudetendeutschen Landsmannschaft geleitet zu haben.

DOCH SO SEHR es ein Zufall sein mag, daß das ausgerechnet Klaus passiert ist, so wenig ist es eine Überraschung, daß es ihm überhaupt passieren konnte. Sein neuer Wohnsitz sagt durchaus viel, wenn nicht alles aus über Klaus. Er paßt so gut zu ihm, daß man beinahe geneigt ist zu denken, irgendwer hat sich diese Villa doch ganz bewußt für diesen Mann ausgesucht. Ausgerechnet der Politiker, der in arroganter Kaltschnäuzigkeit jeden Disput über die Vergangenheit abzuschmettern pflegt und nicht einmal, wie viele seiner Kollegen, eine scheinbare Bereitschaft zum offenen Gespräch über tschechische Nachkriegsverbrechen zeigt, wurde nun von dieser so emsig unter den Teppich gekehrten Vergangenheit eingeholt.

WENN ES SO ETWAS wie eine Ironie der Geschichte gibt, dann erleben wir gerade eine.

KLAUS MUSS RAUS aus diesem Haus, wenn er nicht will, daß ihm diese Geschichte ständig nachhängt. Für die Sudetendeutschen ist es freilich zweitrangig, ob der Staatschef versucht, die Affäre auszusitzen oder ob er sich eine andere Bleibe sucht. Entscheidend ist doch letztlich nur, ob tiefergehende Konsequenzen gezogen werden. Es könnte durchaus sein, daß Klaus schnell auszieht und dann bald keiner mehr über die Angelegenheit redet. In diesem Sinn wäre es sogar wünschenswert, würde Klaus den Unnachgiebigen geben und jetzt erst recht in der Villa bleiben. Denn bislang ist noch nicht ganz klar, in welche Richtung die öffentliche Diskussion in Tschechien geht. Es ist unbestritten als Fortschritt zu werten, daß die tschechische Presse (warum eigentlich nicht wachsame Funktionäre der deutschen Volksgruppe?) die wahre Geschichte der Klaus-Villa an die Öffentlichkeit gebracht hat. Die in diesem Zusammenhang jedoch auch von derselben Zeitung geäußerte Kritik, Klaus hätte damit der Sudetendeutschen Landsmannschaft genützt, schmälert dieses Verdienst allerdings schon wieder. Ist es nun verwerflich, in einem aufgrund von Unrechtsdekreten enteigneten Haus zu wohnen, oder ist es bloß verwerflich, so dumm zu sein, sich als Staatspräsident in einem solch problematischen Haus unterbringen und damit ein äußerst unangenehmes Thema an die Oberfläche kommen zu lassen? Man hat bislang zumindest den Eindruck, daß Klaus hauptsächlich Letzteres zum Vorwurf gemacht wird.

DIE GROSSE Grundsatzdebatte über die Enteignung und Vertreibung hat die Affäre (noch?) nicht auszulösen vermocht. Das hat wohl auch damit zu tun, daß viele Tschechen die Frage scheuen: Sag mir, wo du wohnst...?

DIE SLÖ MACHT darauf aufmerksam, daß die Affäre um die Klaus-Villa die Spitze eines Eisberges sei. *Siehe Seite 2.*

Alles wird teuerer

Von Gustav Chalupa

Die EU wirft in Tschechien ihre Schatten voraus: Es wird alles teurer! Die Prager Regierung schenkt ihren Bürgern, die sich mit über 70 Prozent für den Beitritt zur EU ausgesprochen haben, reinen Wein ein – besser wohl reines Bier, da die Tschechen Weltmeister im Biertrinken sind. Das Volksgetränk Bier bleibt weiterhin preiswert, die Nationalspeise vepřo, kedlík, zelo – Schweinsbraten, Kraut und Knödel, wird dagegen erheblich teurer. Ob das den Tschechen den Appetit verdirbt? Im Gegensatz zu Österreich, wo seinerzeit vor dem EU-Beitritt eine Bundesministerin jedem Österreicher 1000 Schilling monatlich mehr im Geldbörsel versprach, da alles viel billiger würde, unterschlägt Prag bittere Pillen nicht. Mit dem neuen Jahr, hieß es „den Gürtel enger schnallen", titelte die Prager Zeitung „Lidove noviny". Diesel, Benzin, Elektrizität, Gas, Telefon, Alkohol, Zigaretten, Damenfriseur sind um 4 bis 16 Prozent teurer geworden und die Hundesteuer gleich um 1500 Kronen. Auch die Fernsehgebühren zogen kräftig an und weitere Preisanpassungen wurden bereits angekündigt, etwa für Schuhe und Doppler. Ob sich die Tschechen über billigeren Kaviar, Bohnenkaffee und Schokolade freuen dürfen, bleibt wohl an ihre Einkommen gebunden, bei denen von Erhöhungen noch kaum die Rede ist. Der für Mai geplante Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union bringt paradoxerweise auch höhere Zölle für: Obst, Nüsse, Seefisch und Reis, elektronische Erzeugnisse und für PKWs. Daß Steuererhöhungen und ein Kollaps des Gesundheitswesens drohen, ist bei der bisher verzeichneten höchsten Verschuldung der Haushalte in Böhmen und Mähren ein allgemein bedrückendes Problem. „In der EU erwartet uns kein reich gedeckter Tisch", warnt ein Kommentator und ein anderer wiederum warnt vor einem „verschreckten, unterwürfigen und speichelleckerischen Zutritt in die EU". Im Gegenteil, Prag sollte sich ein Beispiel an Polen nehmen, das bekanntlich eine gemeinsame Verfassung der EU platzen ließ. Die Vorwürfe der Medien richten sich unverblümt gegen den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Václav Spidla, der sich innenpolitisch ähnlichen Schwierigkeiten ausgesetzt sieht, wie Bundeskanzler Schröder in Deutschland. „Geduld bringt Rosen", empfiehlt ein dem Präsidenten Václav Klaus nahestehender Leitartikel, in dessen Haltung er eine Modernisierung der Maximen von T. G. Masaryk erblickt: „Keine Angst und nicht stehlen!" Die Wiederentdeckung der verschütteten moralischen Komponente der Mahnungen Masaryks gibt zumindest Rätsel auf, jedenfalls mit Blick auf die Ereignisse in den letzten sechs Jahrzehnten in der Tschechoslowakei und dem Nachfolgestaat Tschechische Republik.

Nachfolgepräsident Edvard Beneš hat Mahnungen Masaryks sicher nicht beherzigt. Aber auch der tschechische Premier V. Špidla fordert in Reden und Blättern seine Landsleute auf, im Jahre 2004 Binsenwahrheiten zu folgen: „Anständigkeit, Ehrlichkeit, Ehrfurcht, Verständnis, Mitgefühl, aber vor allem Stolz auf sich selbst, auf die Nächsten, das eigene Land und auf alles, was wir bewiesen haben und beweisen werden. Ob er dies angesichts der Teuerungswelle, die das Land überrollt, tut? Teurer werden auch Realitäten, vor allem in Prag, gemäß den Prognosen der Realitätenhändler. Nur in den sudetendeutschen Gebieten bleiben Häuser und Grundstücke billig. Ausgenommen Eger, wo tschechische Strohmänner für Spekulanten aus Bayern tätig sind, ja und im Karlsbader Dreieck, das zu einer russischen Kapitalistenenklave zu werden droht. Einer der wenigen Optimisten mit Blick auf den EU-Beitritt bleibt Ex-Präsident Václav Havel, wenn auch er mit der Geschichte manipuliert: „Die böhmischen Länder werden erstmals in ihrer Geschichte Teil einer großen, übernationalen Gesellschaft, auf demokratischen, gerechten Prinzipien basierend, die Streitigkeiten nicht mit Kriegen, sondern mit Debatten löst."

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

*Dieser Ausgabe liegt ein Abo-Zahlschein für die **Abonnenten in Österreich** bei.*

Sollte Ihrer Zeitung kein Zahlschein beiliegen, ersuchen wir Sie höflich, mit uns Kontakt aufzunehmen (0732/700592).

*Unsere **deutschen Abonnenten** erhalten in den nächsten Tagen einen **Zahlschein** für ihr Abo **per Post.***

Wir ersuchen Sie höflich um umgehende Einzahlung Ihrer Abonnentengebühr.

Achtung! Die Kundennummern mußten geändert werden, da in der Abo-Verwaltung eine neue Software installiert wurde!

Wir ersuchen um Verständnis.

Vielen Dank!

Ausländische Investoren beklagen Reformstau in Tschechien

Vertreter ausländischer Investoren in Tschechien schlagen Alarm: Die Prager Regierung vernachlässige die wirtschaftspolitischen Reformen, warnten kürzlich laut Radio Prag die Vertreter der Handelskammern Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, der Niederlande und Schwedens anläßlich des Euro-Czech-Forums, in dem sich die Industrie- und Handelskammern dieser fünf Länder zusammengeschlossen haben.

Der Reformstau bremst Tschechiens Wirtschaftswachstum. Hätte die Regierung die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schneller modernisiert, läge das Wachstum heute mehrere Prozentpunkte höher. Da sind sich die Vertreter der fünf ausländischen Industrie- und Handelskammern einig, die vergangene Woche vor die Presse gingen. Vor einem Jahr hatten sie der tschechischen Regierung eine Agenda 2003 vorgelegt mit den aus Sicht der Wirtschaft dringendsten Reformen. Doch bis heute hat sich nicht viel getan, beklagt Dieter Mankowski, der Vorsitzende des Euro-Czech-Forums, in dem die fünf Industrie- und Handelskammern zusammenarbeiten:

„Wir sprechen schon sehr intensiv, seit die sozialdemokratische Regierung am Ruder ist, das heißt seit 1997, über diese Punkte, weil diese Regierung damals als erste wirklich die Anstrengungen aufnahm, hier etwas zu tun. Leider hat sich bisher noch nicht viel Erfolg eingestellt, weil wohl entweder der politische Wille oder auch die Durchsetzungsfähigkeit im Einzelfall fehlte."

Einer der größten Bremsklötze für die wirtschaftliche Entwicklung ist das umständliche Verfahren bei der Eintragung neuer Firmen ins Handelsregister. Ohne diese Eintragung kann kein Unternehmen seine Arbeit aufnehmen. Und schon hier, beim Start, gerät der Motor ins Stottern. Monatelang müssen die Firmen warten, um überhaupt aktiv werden zu dürfen, erläutert Mankowski: „Wir haben vor über einem Jahr schon mal mit Herrn Zeman zusammengesessen, dem früheren Premier. Der sagte: Das gibt es überhaupt nicht, daß Handelsregister so langwierig arbeiten. Da saß dann auch ein Herr von einer französischen Großbank mit am Tisch, die damals eine tschechische Bank übernommen hatte und sagte: Wissen Sie, Herr Premier, Sie haben immer gesagt, die Banken sollen den kleinen und mittelständischen Unternehmen in Tschechien mehr Geld geben. Wir haben vor einem halben Jahr beschlossen, daß wir ein neues Vorstandsmitglied in unseren Kreis aufnehmen, dessen Zuständigkeit es sein wird, den Kleinen und Mittelständlern finanziell auf die Beine zu helfen. Wir haben damals hier in Prag sofort eine Eintragung ins Handelsregister beantragt und es ist uns bis zum heutigen Tag nicht möglich gewesen. Das heißt, diese Bank konnte ein halbes Jahr später den Beschluß noch nicht verwirklichen und in diesem auch für die tschechische Wirtschaft so wichtigen Feld nicht Kredite an Klein- und Mittelständler ausgeben. Denn das wäre illegal gewesen."

Die Wirtschaftsvertreter fordern deshalb, das Verfahren bei der Eintragung ins Handelsregister neu zu regeln. Gebraucht werde auch ein ganz neues Insolvenzrecht. Beim Konkurs eines Unternehmens müsse die Möglichkeit geschaffen werden, überlebensfähige Teile herauszulösen und wieder aktiv werden zu lassen. Weitere Kritikpunkte: Die Gerichte müßten in geschäftlichen Streitfragen schneller entscheiden. Ausländische und tschechische Firmen müßten gleich behandelt werden. Mankowski und seine Kollegen vom Euro-Czech-Forum wissen, wovon sie reden. Fast 80 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen in Tschechien kommen aus diesen fünf Ländern Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Schweden. Daran hängen 1,2 Millionen Arbeitsplätze.

Amtsvilla nur Spitze des Eisberges Prag bleibt bei Restitution weiter stur

Was sich in der Tschechischen Republik derzeit abspielt, ist nur symptomatisch für das Unrecht, das sich nach dem Zweiten Weltkrieg ereignete, und das die tschechische Politik bis heute nicht in den Griff bekommt. Die Sudetendeutsche Landsmannschaft zeigt sich erschüttert, daß der beinharte Befürworter der Beneš-Dekrete, Staatspräsident Václav Klaus, nun sogar eine Amtsvilla bezogen hat, die deutsches Gut ist. Mittlerweile hat man offenbar selbst im Umfeld des Präsidenten erkannt, daß es besser wäre, sich nach einer geeigneteren Liegenschaft umzusehen. Ist das ein Schuldeingeständnis?

In den neunziger Jahren kamen noch ganz andere Grauslichkeiten ans Tageslicht. Die damalige Außenministerin der Vereinigten Staaten von Amerika, Madeleine Albright, sah sich mit einem Restitutionsstreit konfrontiert. Die Industriellenfamilie Nebrich wurde unter dem Titel der Beneš-Dekrete enteignet. Der Vater Albrights, Josef Körbel, bekam von den neuen Herren in Prag das Familienpalais samt Inventar der Nebrichs übertragen. Dazu gehörte auch eine millionenschwere Bildersammlung, die heute noch im Besitz der Familie Albright ist. Die Nebrich-Nachfahren hätten zwar die rechtliche Möglichkeit, die Galerie nach US-Recht herauszuklagen. Praktisch ist dies allerdings wegen des hohen Streitwerts unfinanzierbar. Anstatt die Sammlung freiwillig herauszugeben, ließen sich die Albrights von den tschechischen Behörden sogar noch eine Bestätigung ausstellen, daß sie die Bilder aufgrund der Beneš-Dekrete zu Recht besitzen würden.

Diese Fälle auf allerhöchster Staatsebene zeigen, wie zynisch die Beneš-Dekrete sind. Die SLÖ fragt sich, was noch aufgedeckt werden muß, bis die tschechischen Autoritäten dieses Unrecht einsehen und die Beneš-Dekrete aufheben, daß auch die entrechteten Ungarn und Deutschen endlich zu ihrem Recht kommen.

Klaus-Sprecher: Freche Attacke

Die tschechische Präsidentenkanzlei hat die Erklärung der SLÖ zur Prager Dienst-Villa von Staatschef Klaus scharf zurückgewiesen: „Der Satz, daß der Präsident in eine Villa umgezogen sei, die deutsches Eigentum sei, ist eine freche Attacke gegen die Rechtsordnung der Tschechischen Republik", sagte Klaus-Sprecher Petr Hayek.

SPÖ-Fischer: „Keine brennenden Themen"

Der Zweite Nationalratspräsident und sozialdemokratische Präsidentschaftskandidat Heinz Fischer sieht keine ernsten Probleme in den Beziehungen Österreichs zu den Nachbarländern. In einem Interview mit der tschechischen Tageszeitung „Pravo" sagte er kürzlich: „Es gibt keine brennenden Themen." Mit weisem Vorgehen könne man ein Stadium erreichen, in dem es keine heiklen Themen gebe, so Fischer auf die Frage, ob er im Präsidentschaftswahlkampf irgendwelche „brennenden Themen" in den Beziehungen zu den Nachbarn erwarte. Er sei ein großer Befürworter freundschaftlicher Beziehungen mit den Nachbarn. „Alle Österreicher wissen das über mich. Ich hoffe, es wird mir auch helfen, weil vernünftige Leute immer für gute Beziehungen sind", sagte Fischer in Anspielung auf den bevorstehenden Wahlkampf.

Neunter BSE-Fall in Tschechien

In einem Labor in Iglau / Jihlava wurde kürzlich der neunte Fall der Rinderseuche BSE in Tschechien bestätigt. Nach Informationen des Staatlichen Instituts für die Tiermedizin wurde in diesem Fall die Erkrankung zum erstenmal bei einem geschlachteten Tier enthüllt. Es handelte sich um eine Kuh aus der Zucht einer landwirtschaftlichen Genossenschaft. Die Genossenschaft mußte ungefähr zweihundert Tiere schlachten lassen.

Kuzvart wurde als Kommissar nominiert

Die tschechische Regierung hat nach wochenlangem Streit den früheren Umweltminister Milos Kuzvart als künftigen EU-Kommissar vorgeschlagen. Der Abgeordnete wurde im Kabinett von den Sozialdemokraten gegen den Widerstand der Christdemokraten und Liberalen durchgesetzt. Milos Kuzvart hat bereits mit der Suche nach möglichen Mitarbeitern im In- und Ausland begonnen.

Nazi-Vorwurf: Adelige drohen Prager Minister mit Verleumdungsklage

Zwei Nachkommen der früheren böhmischen Hocharistokratie, Franz Ulrich Kinsky und die Kusine des Unternehmers Karl Schwarzenberg, Elisabeth von Pezold, haben dem tschechischen Kulturminister Pavel Dostal eine Verleumdungsklage angedroht, falls sich dieser nicht bis Ende Jänner bei ihnen entschuldige. Kinsky und Pezold, die sich um die Rückgabe ihres auf Grund der Beneš-Dekrete enteigneten Eigentums in Tschechien bemühen, werfen Dostal vor, ihnen öffentlich Kollaboration mit den deutschen Nazi-Besatzern unterstellt zu haben.

Der Anwalt der beiden will im Fall einer Klage eine Entschädigungszahlung in Millionenhöhe einfordern. Seine Klienten hätte angesichts ihres Alters gar nichts mit den Nationalsozialisten zu tun haben können. Pezold sei erst nach dem Zweiten Weltkrieg geboren worden, und Kinsky sei während des Krieges ein Kind gewesen.

Dostal wies die Vorwürfe zurück und betonte, er werde sich nicht entschuldigen. Er bestritt, die im britischen „Daily Telegraph" zitierten Aussagen gemacht zu haben. Das Interview sei von ihm nicht autorisiert worden, sagte Dostal. Dies bedeutet freilich nicht zwingend, daß er die Aussagen tatsächlich nicht gemacht hat. Die Nicht-Autorisierung eines Interviews bedeutet lediglich, daß dem Interviewten, also Dostal, nicht die Gelegenheit eingeräumt worden war, nachträglich tatsächlich in dem Interview gemachte Aussagen zu korrigieren oder ganz herauszustreichen. Das wörtliche Zitat lautet laut „Daily Telegraph" (übersetzt aus dem Englischen): „Diese Leute haben mit den Nazis kollaboriert. Sie werden verstehen, warum wir mit ihnen nicht verhandeln wollen".

Natürliche Heilkraft

Die aus reinsten Blütenölen hergestellte *RICARDIN*-Einreibung hilft in hervorragender Weise bei rheumatischen Beschwerden und schmerzhaften Abnützungserscheinungen (Kniegelenke, Hüftbereich), sowie bei Verspannungen im Nackenbereich usw. Der große Vorteil dieses alten Hausmittels, welches bereits 1875 in Österr. Schlesien in der k.u.k. Monarchie erzeugt wurde, besteht auch darin, daß keinerlei Nebenwirkungen auftreten.

Eine Vielzahl von Dankschreiben beweisen die große Heilkraft von *RICARDIN*.

Die Heimkur mit zwei Flaschen *RICARDIN* zur Anwendung am Abend und am Tag kostet mit Versandspesen € 45,– und reicht für zirka acht Wochen.

Zu bestellen nur bei *RICARDIN*, Postfach 78, A-5027 Salzburg.

Telefonische Info: 0699-10229842.

Anzeige

Hunderte Betriebe vor Schließung

Inspektoren der Europäischen Union haben begonnen, in Tschechien die Einhaltung von hygienischen und veterinärmedizinischen EU-Richtlinien bei der Verarbeitung von tierischen Produkten zu kontrollieren. Vor kurzem besuchten die Experten rund vierzig Filialen von insgesamt sechzehn Lebensmittelbetrieben, darunter Schlachthäuser und Molkereien. Die mangelnde Einhaltung europäischer Hygienenormen in der Lebensmittelindustrie war einer der Hauptkritikpunkte gewesen, die die EU-Kommission in ihrem letzten Jahresbericht gegen die Tschechische Republik vorzubringen hatte. Es wird erwartet, daß bis zu fünfhundert Unternehmen es nicht schaffen werden, sich rechtzeitig an die Vorschriften der Europäischen Union anzupassen und daher ihren Betrieb einstellen müssen.

Unzufrieden mit Prager Regierung

Die Unzufriedenheit mit der Regierung Vladimir Spidla wächst. Die neueste Umfrage des Meinungsforschungszentrums CVVM zeigt, daß 66 Prozent der Bürger die Arbeit des Kabinetts negativ beurteilen. Nur 27 Prozent der Befragten sind zufrieden. Im Vorjahr war das Verhältnis der positiven und negativen Antworten noch umgekehrt gewesen.

Vergessene Lasten

Auf einer Fachkonferenz seines Instituts hielt der Leiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI), der Neuhistoriker Dr. Alfred Schickel, ein Referat über „Chancen und Probleme der bevorstehenden EU-Osterweiterung".

Dabei ging er auch der Frage nach, welche „materiellen Altlasten" Polen und Tschechien als Konsequenz der Deutschen-Vertreibung in die Europäische Gemeinschaft mitbringen.

Dazu führte der Historiker, selbst Sohn eines vertriebenen Landwirts aus dem Sudetenland, wörtlich aus:

„Bekanntlich treten im Mai 2004 neben anderen osteuropäischen Staaten auch Polen und Tschechien der Europäischen Gemeinschaft (EU) bei. Bestimmte Wirtschaftszweige und Berufsstände verbinden mit diesem Beitritt Sorgen um ihre Existenz, da sie sich der dann auftretenden billigen Konkurrenz nicht gewachsen fühlen. Festgesetzte „Übergangsregelungen" sollen diese Befürchungen mindern.

Völlig außer Acht blieb dagegen die mit dem Eintritt Polens und Tschechiens in die EU verbundene Übernahme der großen Vertreibungslasten dieser Staaten.

Weder die Polen noch die Tschechen vermochten nämlich die von den vertriebenen Deutschen hinterlassenen Siedlungsgebiete angemessen zu pflegen oder gar weiterzuentwickeln. Massenhaft verfallene Ortschaften und verrottete Fluren in Ostpreußen, Pommern, Schlesien und im Sudetenland waren die Folge. Die EU wird diese verwilderten Landstriche als Notstandgebiete mit vielen Milliarden Euro rekultivieren müssen. Mit Geldern, welche auch Deutschland und die in ihm lebenden Heimatvertriebenen durch ihre Steuern aufzubringen haben werden."

Autoren der „Bestandsaufnahme 2003" appellieren erneut:

1. Mai 2004: Osterweiterung der EU Es ist höchste Zeit

Im Vorjahr haben Weihbischof Gerhard Pieschl, der von der Deutschen Bischofskonferenz beauftragte Vertriebenenbischof, und die beiden Ostexperten Prof. Dr. Rudolf Grulich und Prof. Dr. Adolf Hampel eine realistische „Sudetendeutsche Bestandsaufnahme 2003" vorgelegt. Sie wurde nicht nur in Vertriebenenkreisen viel beachtet und abgedruckt. Nun wenden sich die drei Autoren mit einer neuen Resolution anläßlich der Osterweiterung der EU an die Öffentlichkeit.

Ohne der Langmut Gottes Grenzen setzen zu wollen, müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß für uns, die noch lebende Erlebnisgeneration der Vertreibung, die letzte Lebensphase schon begonnen hat.

Was wir in den nächsten fünf bis zehn Jahren an Zeugnis, Einsicht, Auftrag und Herausforderung nicht schaffen, wird unerledigt bleiben. Mit dieser Perspektive einer biologischen Lösung der Vertriebenenfrage kalkulieren all jene, die einer eigenen Verarbeitung und Bewältigung der Vertreibung aus dem Weg gehen, aber am 1. Mai in die EU aufgenommen werden. Wenn es den Vertreibungsländern mit Hilfe der „Nazi-Keule" und der deutschen Regierung gelingt, die Betroffenen für diesen Zeitraum weiterhin mundtot zu halten, dann hofft man, daß endlich der dicke Schlußstrich unter die Vertreibung gezogen sein wird. Es liegt an uns, einen Strich durch diese zynische Rechnung zu machen.

Für uns war die Vertreibung ein tiefgreifendes Erlebnis unserer Kindheit, das unseren Blick auf die Welt und die Vorgänge in ihr nachhaltig mitgeprägt hat. Mögen wir auch über Jahrzehnte hinweg diese Erfahrung beiseite geschoben haben, so kehrt sie nun als Herausforderung der letzten Lebensphase zurück. „Welchen Beitrag zur verantwortungsvollen Beantwortung dieser Herausforderung kann ich in der mir verbliebenen Zeit noch leisten?", mag für viele von uns eine drängende Frage sein.

Bei diesem Unterfangen gilt es zunächst zwei Fragen zu klären, die für einen fruchtbaren Dialog zwischen den Akteuren dieses Dramas wichtig sind:

1. Gibt es bei Vertriebenen und Vertreibern die Bereitschaft, miteinander zu reden?

1.1 Die Vertriebenen haben bereits 1950 in ihrer Charta ihre vorbehaltlose Bereitschaft zu einem Dialog mit den Herkunftsländern kundgetan. In den folgenden Jahrzehnten haben die Vertreter der verschiedenen Vertriebenengruppen, wie auch einzelne Gesinnungsgemeinschaften, eindringlich um Kontakte mit den Herkunftsländern geworben.

1.2 Die Vertreiberstaaaten haben stets – die Tschechische Republik bis heute – ein Gespräch mit den autorisierten Vertretern der Vertriebenen kategorisch abgelehnt.

Bestenfalls haben sie mit der deutschen Regierung über die Vertriebenen gesprochen. Einzelnen Gesinnungsgemeinschaften, wie der Ackermanngemeinde und der Seligergemeinde, gelang es, mit einzelnen Persönlichkeiten und Kreisen der Herkunftsländer ins Gespräch zu kommen. Die dabei erzielten gemeinsamen Einsichten haben jedoch auf die politische Führungsschicht und die breite Bevölkerung – wie Meinungsumfragen und die Äußerungen aus Regierungskreisen zeigen – kaum einen Einfluß. Ergebnis:

Die Gesprächsbereitschaft besteht nur einseitig.

2. Nehmen beide Seiten die Äußerungen und Stellungnahmen der jeweils anderen Seite wirklich zur Kenntnis?

2.1 Alle deutschen Nachkriegsregierungen haben die Verbrechen des Naziregimes vorbehaltlos verurteilt und versucht, im Rahmen des Möglichen Wiedergutmachung zu leisten. Die Täter wurden vor Gericht gestellt.

2.2 Die Vertreter der Vertriebenen erklärten sich wiederholt solidarisch mit den gesamtdeutschen Schuldbekenntnissen. Darüber hinaus haben sie sich auch zur Verantwortung der eigenen Gruppe für begangene Verbrechen bekannt.

2.3 Alle Nachkriegsregierungen Polens und Tschechiens bestehen auf der Legitimität und Rechtmäßigkeit der Vertreibung. Dabei begangene Verbrechen werden pauschal für straffrei erklärt. Ergebnis:

❍ Die Vertreiberstaaten ignorieren weitgehend die Versöhnungsbereitschaft der Vertriebenen oder benützen die deutschen Schuldbekenntnisse zur Bestätigung der eigenen Unschuld.

❍ Auf deutscher Seite werden positive Erfahrungen, die bei persönlichen Begegnungen oder Konferenzen gewonnen wurden, als Versöhnungsbereitschaft der Regierungen und der gesamten Bevölkerung interpretiert. Wer die feindlichen Äußerungen der demokratisch gewählten Instanzen unserer Herkunftsländer über die Vertriebenen nicht hören will, nimmt sie als die kompetenten Gesprächspartner nicht ernst.

Zwei Vorgänge des verflossenen Jahres verheißen für unsere Anliegen nichts Gutes.

Die Osterweiterung der EU wurde beschlossen, ohne die Beitrittsländer auf ein gemeinsames Europäisches Wertesystem zu verpflichten. Die Vertreiberstaaten dürfen nach wie vor darauf bestehen, daß die Vertreibung der Deutschen eine gerechte, legitime, ja notwendige Maßnahme war. Das tschechische Parlament hat im Vorfeld der Beitrittsverhandlungen einstimmig die terroristischen Beneš-Dekrete gegen Deutschland und Ungarn bestätigt, denen Zehntausende unschuldiger Menschen zum Opfer gefallen sind. Außenminister Fischer erklärte nach diesem Beschluß des tschechischen Parlaments und nach massiven Verleumdungen der vertriebenen Sudetendeutschen durch Ministerpräsident Zeman:

„Die Beziehungen Deutschlands zur Tschechischen Republik waren noch nie so gut wie heute. Die Beibehaltung der Beneš-Dekrete stellt keinerlei Hindernis für den Beitritt zur EU dar."

❍ Damit ist ein entscheidender Schritt zur Anerkennung von Massenvertreibungen als legitimes Mittel der Politik getan.

Das Maß an Demütigung der Vertriebenen reichte den agierenden Politikern noch nicht. Als Erika Steinbach (CDU) und Peter Glotz (SPD) den Vorschlag eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin machten, erhob sich in Polen und Tschechien ein Sturm der Entrüstung, dem sich Bundeskanzler Schröder, Außenminister Fischer und ein großer Teil der „kritischen, progressiven, linksliberalen Intellektuellen" anschlossen.

Die Vertreibung von 15 Millionen Deutschen auch noch nach über fünfzig Jahren gutzuheißen und nun den Betroffenen verwehren zu wollen, ihrer Opfer zu gedenken, stellt ein hohes Maß an Dreistigkeit von seiten der polnischen und tschechischen Gegner des geplanten Zentrums dar.

Wir können uns nicht damit zufriedengeben,

❍ daß wir in der alten Heimat nach langwierigen Verhandlungen mit den Behörden die Genehmigung erhalten, mit unseren Mitteln verfallende Kirchen und Denkmäler zu renovieren;

❍ daß wir auf meist von Deutschland finanzierten Konferenzen einige freundliche Worte über die gemeinsamen Kulturleistungen in der Vergangenheit zu hören bekommen;

❍ daß für besondere Verdienste einige polnische und tschechische Orden und Titel verteilt werden.

Die in den Grenzgebieten renovierten Kirchen sind aufgrund der geschwundenen Kirchlichkeit kaum besucht. Der Wert von Orden und Titeln hängt vom moralischen Wert des Verleihers ab und unterliegt meist einem kurzen Verfalldatum.

Das Entscheidende, die Verurteilung der Vertreibung als ein unverjährbares Verbrechen gegen die Menschlichkeit, wird durch die kosmetischen Maßnahmen eher verhindert als gefördert.

Formulierungstricks wie

❍ die Vertreibung ist aus heutiger Sicht inakzeptabel (also damals war sie akzeptabel?,

❍ die Beneš-Dekrete sind erloschen (was nicht stimmt),

❍ die Beneš-Dekrete gehören zur unaufgebbaren Rechtsordnung unseres Staates (bedauernswerter Staat!),

sind kein Ersatz für eine redliche Konfrontation mit der eigenen Vergangenheit.

Aufgrund einer jahrzehntelangen Zusammenarbeit mit tschechischen und polnischen Dissidenten hatten wir nach dem Zusammenbruch des Kommunismus eine bessere Entwicklung der Beziehungen zwischen den Vertriebenen und ihren Herkunftsländern erwartet. Wir haben uns getäuscht und sind enttäuscht.

Trotz aller Enttäuschungen haben aber die Vertriebenen weiterhin die Pflicht, für das friedliche Zusammenleben in Europa die Europäische Union zu einer Verurteilung von Vertreibungen zu bewegen.

Wir müssen darüber nachdenken, wie und wo wir die uns verbliebene Zeit und die uns verbliebenen Kräfte wirkungsvoll einsetzen.

Peter Glotz beschließt sein lesenswertes Buch „Vertreibung" mit dem Satz: „Die wichtigste Lehre des böhmischen Lehrstücks ist, daß wir nicht nur Analytiker und Meisterdiplomaten brauchen, sondern Leute, die den Mut haben, gegen den Strom zu schwimmen."

Das werden wir weiterhin tun!

Weihbischof Gerhard Pieschl / Prof. Dr. Adolf Hampel / Prof. Dr. Rudolf Grulich

SLÖ fordert zweisprachige Ortstafeln: Tschechisches Gesetz ist „demütigend"

Die SLÖ, die Sudetendeutsche Landsmannschaft Österreich, will, daß tschechische Ortsnamen auch Deutsch angegeben werden. Im Gespräch mit der Austria Presse Agentur (APA) widersprach der SLÖ-Bundesobmann Gerhard Zeihsel damit tschechischen Medienberichten, in denen es geheißen hatte, die Landsmannschaft fordere ausschließlich die deutsche Bezeichnung von Städten und Gemeinden. „Es ist unsere Bitte an alle, auch die deutschen Begriffe zu verwenden. Sonst fühlen wir uns das zweite Mal vertrieben, diesmal aus der Geschichte", ergänzte Zeihsel. Die SLÖ legt dabei die Betonung auf „auch", was in tschechischen Medienberichten zu dem Thema leider unterschlagen wurde.

„Wir wollen, daß in der Zeitung nicht nur Liberec, sondern auch Reichenberg steht. Es soll eine kulturelle Bereicherung sein, daß man beide Namen weiß." Zeihsel: „Schließlich sagt kein Mensch Praha oder Milano. Wenn ich aber auf der Autobahn nach Mailand fahre, muß ich wissen, daß ich mich auf den Schildern irgendwann nach Milano orientieren muß." Aber nur die fremdsprachigen Bezeichnungen zu verwenden, berge eine „Gefahr". Besonders den jüngeren Österreichern könne so der tschechische Name geläufiger als der deutsche werden. „Wenn jemand von Bratislava spricht, sage ich ihm: ‚Ich versteh' Sie nicht'." Zeihsel stellt sich vor, daß deutsche Ortsnamen etwa auf Verkehrsschildern, in Reiseführern, Kultur- und Werbepublikationen verwendet werden sollen.

Die zweisprachigen Ortstafeln seien hingegen nicht so leicht umzusetzen. „Ich kenne das tschechische Gesetz", sagte Zeihsel lakonisch. Und er erklärt: In einer Gemeinde mit mehr als zehn Prozent Einwohnern, die einer Minderheit angehören, könne eine zweisprachige Ortstafel verlangt werden. „Was mir nicht so gefällt: Es muß zusätzlich Unterschriften geben. Das ist eine Erschwernis und demütigend. Eigentlich müßte das Volkszählungsergebnis reichen." Gemeinden mit mehr als zehn Prozent Deutschsprachigen gebe es „nicht sehr viele".

Zeihsel: „Dank der gründlichen Vertreibung." Im Gegensatz zu Österreich wird sich die Politik in Deutschland und Tschechien aktuell mit der Frage der zweisprachigen Ortsbezeichnungen auseinandersetzen müssen. Ein Gremium des nach der Deutsch-tschechischen Versöhnungserklärung 1997 entstandenen deutsch-tschechischen Gesprächsforum will nämlich den Regierungen in Berlin und Prag einen Vorschlag zur zweisprachigen Bezeichnung von Städten und Gemeinden vorlegen. Für die Regierung in Wien sei dies nicht geplant, sagte Zeihsel.

Der Völkermord an den Sudetendeutschen (Teil 10)

Konrad Henlein und die „Jung-Aktivisten" Dr. Beneš, der „va banque"-Spieler Englands „Interesse" – Die große Hoffnung

Die Parlamentswahlen der CSR im Jahre 1935 waren ein Alarmzeichen dafür, daß die bisherige Behandlung der deutschen Bevölkerung im tschechischen De-facto-Nationalitätenstaat – nach tschechischer Ideologie jedoch in einem Nationalstaat – zu dramatischen Folgen führen mußte! Der Protest gegen die nationale Unterdrückung der Deutschen fand vorerst bis 1935 kaum einen unterschiedlichen Ausdruck. Gemeinsam war allen „Aktivisten" das Bestreben, mit den Tschechen auf dem Boden der Heimat, der Tschechoslowakischen Republik, nicht unterdrückt und als gleichberechtigte Bürger zu leben.

Auch die „Jung-Aktivisten" – eine Garnitur junger Politiker der deutschen Sozialdemokraten, der Christlichsozialen und des Bundes der Landwirte – erklärten sich immer wieder zu demokratischer Zusammenarbeit mit den Tschechen bereit.

Fast sensationell war jedoch, daß der junge und „neue" Politiker der Sammlungspartei, Konrad Henlein, in seinem absolut demokratischen Parteiprogramm versicherte, ebenfalls auf dem Boden der CSR die Interessen der Deutschen vertreten zu wollen, obzwar er ja auch alle ehemaligen Stimmen der „Negativsten" vertrat.

Unvorstellbar war für tschechische Politiker die Fairness, die Konrad Henlein vor seiner Rede in Böhmisch-Leipa am 21. Oktober 1934 an den Tag gelegt hat.

Konrad Henlein Der Demokrat

Denn es war kennzeichnend für Henleins politischen Stil, daß er den Wortlaut seines Parteiprogrammes vor dessen Veröffentlichung sowohl dem Staatspräsidenten übermitteln wie auch durch zwei Vertrauensleute – Dr. Gustav Peters und Dr. Alfred Rosche – mit dessen Kabinettchef („Kanzler") Dr. Premysl Samal besprechen ließ. Dieser empfing – wohl kaum ohne Vorwissen des Staatspräsidenten – kurz darauf Henlein, der von Dr. Walter Brand begleitet war, und erklärte am Schluß der Aussprache, daß es eine staatsmännische Leistung sein werde, wenn Henlein den Mut haben sollte, diese Rede wirklich unverändert vor seinen Anhängern zu halten; er – Samal – könne sich das nicht denken. Tatsächlich hat Henlein die Rede unverändert, ohne Zwischenfall, ja unter tosendem Beifall der Kundgebungsteilnehmer, gehalten.

Der in der Situation des Jahres 1934 sensationelle – das echte Demokratieverständnis Konrad Henleins und seines Stabes ausdrükkende und in staatsmännischer Verantwortung – abgefaßte Text der Erklärung über die Maxime der Sudetendeutschen Partei muß als einzigartig dastehendes Signal der Deutschen an das tschechische Volk und seine Politiker angesehen werden. **Das Signal zum friedlichen Zusammenleben.**

Denn trotz aller bisherigen Geschehnisse bestand die Bereitschaft der Deutschen, eine tragfähige innenpolitische Lösung des Nationalitätenproblems innerhalb der tschechoslowakischen Staatsgrenzen gemeinsam herbeizuführen.

Fast jeder Satz des Programmes hat einen tiefen Sinn, weshalb davon ein möglichst ausführender Auszug in nebenstehender Erklärung abgedruckt ist. Generellen Kritikern an der Sudetendeutschen Partei möge diese Veröffentlichung als Fundgrube neuer Erkenntnisse dienen.

Die „Jung-Aktivisten" Gemeinsamkeiten

Vergleicht man den Text des Parteiprogrammes mit den Texten der späteren Grundsatzerklärungen der „Jung-Aktivisten" Wenzel Jaksch der Sozialdemokraten (DSAP) und Hans Schütz der Deutschen Christlich-Sozialen Volkspartei (DCV), dann erkennt man als deren Gemeinsamkeit die Forderungen nach dem Umbau des tschechoslowakischen Nationalstaates zum Nationalitätenstaat und das Unterlassen feindlicher Praktiken gegenüber den deutschen Staatsbürgern.

Wenzel Jaksch äußert u. a.:

„Der Grad der Einsicht des tschechischen Volkes bestimmt die Stärke unserer sittlichen Waffen. .... Das Haupthindernis einer nationalen Zusammenarbeit ist darin zu sehen, daß sich der tschechische Nationalstaatsbegriff nicht mit dem Umfang des Staates deckt. .... Die tschechische Politik ist erkrankt an der Unterschätzung der inneren Staatsprobleme. .... Neben der legalen gibt es hier im Lande eine illegale Nationalitätenpolitik. .... Wer den letzten deutschen Briefträger oder Eisenbahner ausrotten will, ist ein Totengräber der Staatsgesinnung im Grenzgebiet. ... Wir erklären ganz offen, daß die Benachteiligung der Deutschen im öffentlichen Dienst, in der Sprachenfrage und in der ganzen Verwaltung einen Grad erreicht hat, der allgemein als unhaltbar empfunden wird."

Hans Schütz erklärt:

„... sowie die europäische Ordnung nur aufrecht erhalten werden kann, wenn ihr Fundament die Gleichberechtigung ist, so kann die Ordnung in einem Nationalitätenstaat nur dauernd gesichert werden, wenn die soziale und nationale Gleichberechtigung verbürgt ist. ... Der Sudetendeutsche Schicksalsraum liegt zwischen der Staatsgrenze und der Sprachgrenze. Vom tschechischen Volk müssen wir daher die Anerkennung der Sprachgrenze ebenso fordern, wie der Staat von allen Völkern die Respektierung der Staatsgrenzen fordert. ... Die Forderung nach Anerkennung des Lebensraumes der Sudetendeutschen enthält keine Spitze gegen die tschechischen Mitbürger, die seit Generationen dort zuhause sind. Aber in einer Zeit schwerster und drückender Wirtschaftsnot bisherige deutsche Arbeitsplätze – aus welchem Motiven immer – tschechischen Landsleuten in die Hände zu spielen, heißt, den sudetendeutschen Aktivismus bei lebendigem Leibe aufs Kreuz schlagen. ...

Die Sudetendeutschen, eine fünfte Kolonne Hitlers?

Dazu fand der deutsche christlich-soziale Minister Zajicek im Jahre 1937 folgende Worte:

Frage: „Warum haben die Tschechen dem deutschen Aktivismus so wenig bewilligt?"

Die Antwort: „Oben wurde gebremst, unten sabotiert."

Frage: „ Warum gab man uns Zugeständnisse nie freiwillig, warum so spät?"

Antwort: „Weil Führende des tschechischen Volkes einen nationalen Ausgleich nicht wünschten."

Frage: „Wäre es nicht besser gewesen, den Staat konsequent zu verneinen?"

Antwort: „Die Bevölkerung war nicht revolutionär; sie war – einschließlich vieler Henleinleute – bereit zur Mitarbeit im Staat.

Der tiefere Sinn des deutschen „Aktivismus" bestand in dem Bemühen, im Wege **der Evolution** den tschechischen Nationalstaat in einen Nationalitätenstaat umzuwandeln.

Zitat: „Wir wollten im Herzen Europas einen dauerhaften Völkerfrieden anbahnen. Damit wollten wir dem Weltfrieden dienen."

Das sind Worte dieser „Jungaktivisten", **ein Jahr vor der Abtretung** des Sudetenlandes. Selbst der deutsch-kritische tschechische Historiker Celovsky gibt zu, daß sich bis 1938 keinerlei Anhaltspunkte für irgendwelche hochverräterische Beziehungen der Henleinbewegung zum Ausland nachweisen lassen. In Beneš' Interesse versuchte die Polizei, Material gegen die Heimatfront zu finden. Es fand sich keines, denn es gab keines. (E. Frenzel)

Wann gab es dann eigentlich diese so oft genannte deutsche fünfte Kolonne, die den Staat durch Jahre hindurch systematisch unterminierte und zerstörte? War die nicht eher tschechisch?

Der neue Staatspräsident Vergebliche Hoffnung auf Kurswechsel

Der Gesundheitszustand des Herrn Präsidenten T. G. Masaryk bedingte eine vorgezogene Präsidentschaftswahl. Dr. Beneš gelang es im Herbst 1935, eine Wahlempfehlung vom Alt-Präsidenten zu erhalten, die ihm dann, wenn auch nicht alleine, zu einem Wahlsieg verhalf.

Wer durch diesen Führungswechsel im höchsten Staatsamt der CSR eine Verschärfung des tschechisch-deutschen Konfliktes, eine weitere Eskalation der Spannungen auch über die Staatsgrenzen hinaus befürchtete, der sollte unglücklicherweise Recht behalten. Beneš' Innenpolitik galt nicht einem Ausgleich – auch nicht angesichts der verzweifelten Bemühungen der deutschen „aktivistischen" Politiker – denn er war bereit, sein innerpolitisches „Säuberungs"-Problem mit außenpolitischen Ränken zu lösen. Die Konsequenz daraus war ein vergebliches Bemühen aller demokratischen politischen Parteien um eine Entspannung durch die Gewährung von Zugeständnissen von tschechischer Seite.

Dr. Edvard Beneš Der Kriegstreiber

Dr. E. Beneš vertraute auf das Netz von Vertragswerken, das er mit Frankreich, den Ländern der „Kleinen Entente", mit Rußland und England zur „Einkreisung" Deutschlands geknüpft hatte.

Sein engster Verbündeter war Frankreich, sein gefährlichster Rußland bzw. die UdSSR. Zu dem militärischen Bündnis mit Rußland kam es bereits im Jahre 1935. An der Spitze einer Militärkommission erschien damals in Prag der sowjetische General und spätere Marschall Schaposchnikow, und seitdem bereiteten sich die Tschechen durch Anlage einer Bunkerlinie, von Flugplätzen und Straßen zur deutschen Grenze systematisch auf einen Krieg mit dem Deutschen Reich vor. Wie stark sich weiterhin Beneš der Sowjetunion verschrieb, geht aus der Tatsache hervor, daß im Jahre 1938 in Kaschau (Kosice) eine Verbindungsstelle zur sowjetischen Armee, besetzt mit russischen Offizieren, eingerichtet war! Mit diesem vermeintlichen Sicherungsnetzwerk im Rücken war Dr. Beneš nie zu Konzessionen bereit, im Gegenteil, er war bereit, für die Vollendung seines Planes eines von Deutschen „gesäuberten" tschechischen Nationalstaates bis zur letzten Konsequenz zu gehen: Der Entfesselung eines Krieges!

England machte Herrn Beneš jedoch, zumindest vorläufig, einen Strich durch die Rechnung.

Die Sinnhaftigkeit weiterer politischer Bemühungen?

Wäre die festgelegte Strategie des Herrn Dr. Beneš damals schon bekannt gewesen, hätten sich alle weiteren Bemühungen um einen Interessenausgleich zwischen Tschechen und Sudetendeutschen aller Voraussicht nach erübrigt.

So aber wurden nicht nur von den Sudetendeutschen, sondern auch zunehmend von englischer Seite Bemühungen um eine gütliche politische Lösung der anstehenden Probleme unternommen.

Fortsetzung auf der nächste Seite

Die Definition des Parteiprogrammes als Grundsatzerklärung Konrad Henleins in Böhmisch-Leipa vom 21. Oktober 1934

... Angesichts aller tatsächlichen und gewollten Mißverständnisse können wir nur neuerlich erklären, daß wir die bisherige sudetendeutsche Politik weder im allgemeinen noch die Politik im Sinne einer der alten Parteien im besonderen fortzusetzen gewillt sind. ... Uns geht es um die Einigung des Deutschtums in diesem Staate im Sinne echter und lebendiger Volksgemeinschaft und um seinen Einsatz als notwendiges staatskonservatives Aufbauelement bei gleichzeitiger Wahrung unserer naturgegebenen Rechte. ... Es geht uns um eine Politik, die auf den gegebenen Tatsachen aufbaut und nach der ehrlichen Übereinstimmung der staatlichen Notwendigkeiten mit den eigenen völkischen Lebensnotwendigkeiten auch im Geiste der Würde und der Verantwortung. ...

Nur wer erkennt, daß weder der Pangermanismus noch der Panslawismus konstruktive Elemente für den Neuaufbau Europas und Mitteleuropas sind, kann ehrlich an eine friedliche Zukunft Europas glauben. ...

Und so geht es heute um eine große Erkenntnis, die einmal auch vom tschechischen Volke voll und ganz in all ihrer Tiefe ... verstanden werden muß, weil sich daran die Zukunft der beiden Völker entscheiden wird: Daß Volkstreue die Staatstreue nicht ausschließt.

Wir haben dem Staate gegeben, was des Staates war und haben bis heute alle unsere Pflichten als Staatsbürger treu und ehrlich erfüllt. Umso mehr erwarten wir mit vollem Recht, daß endlich der Staat uns in vollem Maße gibt, was unser ist. Kein vernünftiger Tscheche kann von uns verlangen, daß wir unser Volkstum verleugnen ...

Es entspricht ... unserer grundsätzlichen Überzeugung, daß sowohl Faschismus wie Nationalsozialismus an den Grenzen ihrer Staaten die natürlichen Voraussetzungen ihres Daseins verlieren und daher auf unsere besonders gearteten Verhältnisse nicht übertragbar sind ...

Je unbesorgter der Sudetendeutsche in die Zukunft sehen kann, je innerlich freier er sich fühlt, umso bereiter wird er alle seine vom Staat geforderten Pflichten erfüllen. Man muß sich aber doch über das eine im klaren sein, daß letzten Endes – und gerade vom Standpunkt der Demokratie! – ein Staat nur dann als konsolidiert betrachtet werden kann, wenn er sich auf freiwilliger und aus innerer Überzeugung kommender Überzeugung seiner Bürger zu schützen vermag.

Bajonette und Zwangsmaßnahmen haben auf die Dauer noch keinen Staat gesichert. Es muß ausgesprochen werden, daß für die von uns aufrichtig erstrebte befriedigende Entwicklung durch Loyalitätsbekenntnisse allein nichts getan ist – auch wenn sie noch so oft und noch so aufrichtig abgegeben werden. Bekenntnisse allein vermögen auf die Dauer eine politische Gefolgschaft nicht zu binden; nur praktische Ergebnisse bekundeter Loyalität werden das vermögen.

Im politischen Leben ist es möglich, vorübergehend durch Argumente zu überzeugen. Massen dauernd zu binden, setzt jedoch praktische Ergebnisse voraus als Rechtfertigung einer Politik – praktische Ergebnisse, die ich letztlich nicht auf Grund meines guten Willens, sondern nur auf Grund der Einsicht der tschechoslowakischen Staatsführung werde aufweisen können. Deshalb bleibt ihr allein die Verantwortung für das Gelingen eines Versuchs, den wir aufrichtig und ohne Hintergedanken gewagt haben.

Wir sind gern bereit, anzuerkennen, daß die Tschechoslowakei jener Staat ist, in dem Tschechen und Slowaken die gesicherte staatliche Grundlage ihres völkischen Lebens gefunden haben. Aber das Bedürfnis eines Volkes, sich auszuleben, muß seine unverrückbaren und unüberschreitbaren Grenzen in den Grundsätzen der Ethik und Humanität finden, auf die man sich tschechischerseits immer wieder beruft. Daß wir Sudetendeutsche die Unantastbarkeit unseres Lebensraumes und unseres Volksbodens, unserer Lebensrechte, unseres kulturellen und wirtschaftlichen Besitzstandes, unseres Arbeitsplatzes fordern – das werden auch unsere tschechischen Mitbürger verstehen: Denn diese Forderungen sind so primitive Selbstverständlichkeiten, daß jedes Volk Verachtung treffen würde, wenn es nicht bereit wäre, diese Güter mit allen Mitteln zu bewahren.

Ich glaube mit ruhigem Gewissen sagen zu dürfen, daß keine dieser Forderungen gegen die Interessen diese Staates verstößt, denn es sind nur Forderungen, die nach den natürlichen Rechten der Völker und nach den Gesetzen wahrer Humanität einem jeden Volk zugestanden werden müssen, wenn es leben und nicht vegetieren soll. Wenn es den Tschechen aber mit einer wirklichen Befriedung der Nationalitätenverhältnisse ebenso erst ist, wie sie immer sagen, dann werden sie uns leben lassen müssen. Wenn sie dies aber nicht wollen, dann dürfen sie nicht darüber erstaunt sein, wenn wir uns dagegen wehren ...

Das Sudetendeutschtum bietet offen und ehrlich die Hand zum Frieden. Wer sie ausschlägt, muß dafür die Verantwortung übernehmen, wie sich die Zukunft dann entwickeln wird ...

Fortsetzung von Seite 4

Neue Koalitionen?

Beeindruckt vom Wahlsieg und der Konzentration der deutschen Parteien, stellten sogar die tschechischen Agrarier Erwägungen darüber an, ob nicht eine Koalition unter Einschlag der Sudetendeutschen Partei (SdP) möglich wäre! Die tschechischen Agrarier hätten einen solchen Versuch gerne gemacht und auch die Außenpolitik der Republik lieber auf einen deutschen Kurs als auf den sowjet-russischen festgelegt, den Beneš damals gerade einschlug. Man befürchtete aber andererseits, dadurch die Bildung einer oppositionellen „Volksfront" in der CSR herauszufordern, die zur Zeit der wachsenden Gefahr kommunistischer Expansion zu riskant erschien. Aber auch auf der Seite der Sudetendeutschen Partei war ein solches Unterfangen mehr als gefährlich, denn ohne gewichtige Zugeständnisse in eine Regierung einzutreten, hatten schon zwei deutsche Parteien teuer bezahlen müssen. Sie verloren ihre Wähler.

Auch diese eventuelle Chance für eine bessere Zukunftslösung konnte nicht genützt werden.

England beachtet die Konfliktsituation in der CSR

Am 29. Juni 1937 sagte Lord Lothian (1882–1940, Philipp Henry Kerr, 11. Marquess of Lothian, gr. brit. Botschafter in Washington 1939–1940) in London, in einer Rede im Chatham House: „Wenn wir das Prinzip der Selbstbestimmung der Völker zugunsten Deutschlands anwenden würden, so wie es zu seinen Ungunsten in Versailles angewandt worden ist, würde das Ergebnis folgendes sein:

1. Die Wiedervereinigung Österreichs mit Deutschland.
2. Rückkehr der Sudetendeutschen, Danzigs und wahrscheinlich des Memellandes ins Reich.
3. Gewisse Regelungen mit Polen in Schlesien und dem Korridor."

Konrad Henlein (1898–1945) Turnlehrer, Gründer und Vorsitzender der Sudetendeutschen Heimatfront, die sich 1935, von der tschechoslowakischen Regierung gezwungen, in Sudetendeutsche Partei umbenennen mußte.

Gustav Hacker (1900–1979) 1936 bis 1938 Vorsitzender des Bundes der Landwirte

Wenzel Jaksch (1896–1966) 1938 Parteivorsitzender der sudetendeutschen Sozialdemokraten. Nach der Vertreibung Präsident des BdV (1964 bis 1966) und der Bundesversammlung der SL

Hans Schütz (1901 – 1982) Vorsitzender des Verbandes der deutschen christlichen Gewerkschafter in der CSR, Abgeordneter des Prager Parlamentes von 1935 bis 1938

Professor Arnold J. Toynbee, Geschichtsschreiber und Autor im englischen Kgl. Institut für Außenpolitik, berichtet im „The Economist" im Juli 1937 (Auszüge).

„Die Frage der deutschen Minderheit in der CSR ist das schwierigste und zugleich auch das gefährlichste aller mitteleuropäischen Probleme.

Die Tschechen sind ein Opfer der Umstände als auch ein Opfer ihres eigenen Wesens ... andere Länder können gefahrlos schlechte Politik machen. Diese Annehmlichkeit – wenn es eine ist – haben die Tschechen nicht. Was für die Tschechen eine Notwendigkeit, ist für die Briten ein Interesse; eine befriedigende Lösung der Minderheitenfrage erscheint nämlich als unumgängliche Vorbedingung für die Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit der Tschechoslowakei.

Wer die Tschechoslowakei erhalten will. ..., muß ... wünschen, daß die Minderheitenfrage in der CSR von der tschechischen Staatskunst gelöst wird, bevor es zu spät ist.

Die Tschechen sind unbeliebt bei ihren Nachbarn; ihre Freunde und Helfer sind ferne. ....

Natürlich muß dabei stets bedacht werden, daß diese „deutsche" Bevölkerung eigentlich aus Österreichern besteht und von den Deutschen nur adoptiert worden ist ....

Drei Jahrhunderte lang hat das tschechische Volk das Leben von Menschen geführt, die sich nicht frei bewegen konnten, die Tschechen haben während dieser Zeit alle Tugenden und Laster solcher Menschen angenommen. Dies ist recht unangenehm, denn solch eine Mentalität gehört sich gar nicht für ein Volk, das eine führende Stelle einnehmen will.

.... haben sich die Tschechen von den Briten weniger die „selbstverständliche Überlegenheit", sondern weit eher die „britische Heuchelei" angeeignet – und das in sehr starkem Maße. Von allen Belastungen, mit denen die Tschechen heute zu kämpfen haben, ist jene der Verständnislosigkeit vermutlich die schlimmste.

Es ist sowohl die Pflicht wie auch das Interesse Großbritanniens, unter Einsatz seines ganzen Gewichts mit denjenigen zusammenzuwirken, die – innerhalb oder außerhalb Mitteleuropas – eine Regelung des Friedens und des Ausgleiches der Mitteleuropafrage anstreben. **Die Zeit des Handelns ist gekommen.** Die Mitteleuropäischen Auspizien sind heute günstiger als seit Jahren. **Morgen könnte es zu spät sein."**

Lord Halifax, der spätere britischer Außenminister, kam am 19. 11. 1937 privat zum Besuch der Jagdausstellung nach Deutschland, wurde von Hitler auf dem Obersalzberg empfangen und erklärte bei dieser Gelegenheit, die Lösung der Österreich-, Sudeten-, Danzig- und Korridorfrage sei britischerseits annehmbar, vorausgesetzt, daß sie nicht gewaltsam erfolge. Halifax erkennt auch die Rolle Deutschlands als eines Bollwerks des Westens gegen den Bolschewismus an.

Henlein wird nach England eingeladen – Beneš' Ansehen sinkt

Obzwar der Artikel 86 der Versailler Verträge dem Deutschen Reich das Recht gab, die Durchführung der Minderheitenschutzbestimmungen nicht bloß von den alliierten und assoziierten Hauptmächten, sondern unmittelbar von der Tschechoslowakei zu verlangen, wandten sich die Sudetendeutschen in ihrer größten Not nicht an Deutschland um Hilfe, sondern an England.

Dort hat in den letzten Jahren ein Nachdenkprozeß über die „Friedensregelungen" von 1919 begonnen. Das erste Ergebnis daran war der Abschluß des deutsch-englischen Flottenabkommens im Jahre 1935, eine Bestätigung für die Bündnisqualitäten des ehemaligen Kriegsgegners Deutschland. Dieses hatte auch – und dies sei nochmals erwähnt – eine große Bedeutung als Bollwerk gegen den weltrevolutionären Kommunismus. Denn der spanische Bürgerkrieg, die starke „Rotfront" Frankreichs und das Bündnis der Tschechoslowakei mit der Sowjetunion waren Gefahren für die englischen Bestrebungen – zumindest vorläufig – zur Erhaltung des europäischen Friedens, zur ungestörten Verfolgung ihrer „Appeasment-Politik".

Zusätzlich nahm die öffentliche Meinung mehr und mehr Stellung gegen den neuen Präsidenten der Tschechoslowakei, Herrn Dr. Beneš. „Was sich vor allem darin ausrückte, daß die Enthüllungen des Amerikaners John Hunter-Miller über Beneš' Intrigen und Betrügereien auf der Friedenskonferenz (Anm.: im Jahre 1919) jetzt erst das Interesse der britischen Presse fanden" (Zitat E. Frenzel).

Sein Ansehen in England wurde tief erschüttert und damit auch das der Tschechoslowakischen Republik!

Durch Vermittlung des englischen Oberst Christie gelang es Mitarbeitern Konrad Henleins, Beziehungen zu maßgebenden Kreisen aufzunehmen und Henlein wurde im Oktober 1937 nach England eingeladen, wo er vor ausgewähltem Publikum sprach und gesellschaftlichen Anklang fand. Bedeutende englische Politiker, unter ihnen auch W. Churchill, standen ihm als Gesprächspartner zur Verfügung. Dies hatte eine ungeheure Wirkung. Man schenkte seinen Beschwerden Glauben, zumal auch Wenzel Jaksch – ebenfalls nach England gereist – gleiche oder ähnliche Beschwerden vorbrachte.

In einer seiner Publikationen befaßt sich E. Frenzel mit diesem Thema. Zitat: „In der britischen Öffentlichkeit wuchs seit 1936 die Überzeugung, daß Beneš ein Lügner, daß die Tschechoslowakei eine Fehlgründung und eine Gefahr für den Weltfrieden sei, und daß nur durch wesentliche Zugeständnisse an die Sudetendeutschen diese Gefahr beseitigt werden könne."

England begann, den inner-tschechoslowakischen Konflikt, wenn nicht anders, so durch eine außenpolitische Einflußnahme zu entschärfen.

Die letzten Bemühungen der „Jung-Aktivisten"

Die in der Regierung durch drei Minister, davon zwei ohne Geschäftsbereich, vertretenen deutschen Parteien standen auf verlorenem Posten. Diese noch aktiven jüngeren Politiker der Sozialdemokratie, des Bundes der Landwirte und der Christlichsozialen empfanden es mehr und mehr unerträglich, weiter die Rolle von Statisten und Mitläufern eines Systems zu spielen, das sie offenbar nicht ernst nahm, sondern nur noch als propagandistische Kulissen benützte. Nach vorherigen Absprachen traten Wenzel Jaksch, Hans Schütz und Günter Hacker mit Kundgebungen hervor, die von den Tschechen endlich einen Kurswechsel forderten und keinen Hehl mehr daraus machten, daß die Geduld auch der bisher staatstreuen Deutschen erschöpft sei.

Am 18.Februar 1937 richteten Präsident Beneš und Ministerpräsident Hodza Briefe an die drei deutschen Regierungsparteien, in denen sie endlich greifbare Zugeständnisse versprachen.

Aber die Aktionen kamen nicht vom Fleck. Sie wurden, wie schon berichtet, von „Oben gebremst, von Unten sabotiert". (Minister Zajicek) Noch ein ganzes Jahr nach dem 18. Februar war **so gut wie nichts** geschehen.

Da halfen auch nicht die im April 1937 von der Sudetendeutschen Partei im Parlament eingebrachten fünf Anträge ihrer „Volksschutzgesetze" über die Bildung öffentlich-rechtlicher Verbände, die Erstellung nationaler Kataster, den Schutz gegen Entnationalisierung, die Gleichberechtigung im öffentlichen Dienst usw. Die tschechische Staatsführung ließ sich durch nichts bewegen, demokratische Formen für ein freundschaftlich-nachbarliches Zusammenleben von Tschechen und Sudetendeutschen anzustreben.

Im September 1937 gab Ministerpräsident Hodza zu, daß seine **Zusagen nicht eingehalten** wurden!

Gustav Hacker erklärte schließlich 1938: „Der im Jahre 1926 begonnene Versuch, im Wege der Mitarbeit in der Regierung zu einer nationalen Befriedung im Staate und zur Sicherung der Lebensrechte der sudetendeutschen Volksgruppe zu gelangen, ist gescheitert."

Neuen Kräften, bisher noch zurückhaltend und nur von England und Deutschland her wirkend, wurde das politische Spielfeld überlassen.

Äußerlich war zu der Jahreswende 1937/1938 alles noch ruhig.

Unter der Oberfläche aber bereiteten sich Entscheidungen vor, deren Kommen nur von den mit einem sensiblen „sechsten Sinn" ausgestatteten Politikern wahrgenommen wurden. Herr Dr. Beneš war eingesponnen in seine fixe Idee der Entgermanisierung „seines" Staates – auf multi-ethnischem Boden; und in seinem Machtgefühl, basierend auf der Spekulation zur Inanspruchnahme fremder Hilfe gegen seine deutschen Mitbürger, setzte er alles auf eine Karte: Auf Gewalt! Das war vorerst sein Mißgeschick. Die reale Entwicklung sah er nicht kommen.

Das Unheil nahm seinen schicksalhaften Verlauf.

Einladung zum 2. Ball der Heimat

Am Samstag, dem 14. Februar 2004, findet im Arcotel Wimberger, in 1070 Wien, Neubaugürtel 34–36, der 2. Ball der Heimat statt. Einlaß ist um 18.00 Uhr, Beginn um 19.00 Uhr.

Eintrittspreise: Vorverkauf 20,00 Euro (inklusive Platzreservierung) – Trachtenkarte, Jugendliche, Studenten u. Militär 15,00 Euro (inklusive Platzreservierung) – Abendkassa 22,00 Euro.

Platzreservierungen können nur in Verbindung mit Vorverkaufskarten vorgenommen werden! Ballkarten-Vorverkauf sowie Platzreservierungen bei der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich, 1030 Wien, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. Stock, Telefon: 718 59 19, Fax: 718 59 23. Montag bis Freitag von 9.00 bis 13.00 Uhr. – E-Mail: office@sudeten.at.

Einheitsdenkmal an der Grenze

Ein knapp drei Meter hohes Denkmal soll als Symbol der Vereinigung Europas nahe der deutsch-tschechischen Grenze entstehen. Das Denkmal, das die bayrische Stadt Rehau errichten will, wird im Frühjahr anläßlich der EU-Erweiterung enthüllt werden.

Studientag über Franz Werfel

Im Rahmen seiner Seminare über die christliche Literatur des 20. Jahrhunderts bietet das Nürnberger Caritas-Pirckheimer-Haus als die Akademie der Erzdiözese Bamberg am 11. März 2004 einen Studientag über den Prager Dichter Franz Werfel an.

Franz Werfel stammte zwar aus einer jüdischen Familie Prags und ließ sich nicht taufen, doch prägten ihn die Umwelt Prags mit ihrer barocken Katholizität und seine katholische Schulbildung bei den Piaristen entscheidend. Das Christentum war ihm tief vertraut. Als Schriftsteller hatte er gelobt, immer das göttliche Mysterium und die Heiligkeit des Menschen zu verherrlichen. Das ist ihm in Romanen wie „Das Lied der Bernadette" und „Der veruntreute Himmel" großartig gelungen. Auf der Flucht vor den Nationalsozialisten hatte er 1946 in Lourdes ein Gelübde abgelegt, die Geschichte der Seherin Bernadette zu schreiben. Bereits 1941 erschien der Roman, der im Zweiten Weltkrieg sogar an die Soldaten der US-Armee verteilt wurde.

Der Leiter des Instituts für Kirchengeschichte von Böhmen-Mähren-Schlesien in Königstein, Prof. Dr. Rudolf Grulich, wird bei dem Studientag das Leben Werfels und seine Prägung durch die Prager Umwelt behandeln, seine Werke vorstellen und anhand seiner Lyrik, einigen Erzählungen und den beiden Romanen „Die vierzig Tage des Musa Dagh" und „Das Lied der Bernadette" Werfels Gottes- und Menschenbild verdeutlichen.

Der Studientag umfaßt vier Arbeitseinheiten:

1.) Franz Werfel – Leben und Werk.
2.) Die Lyrik Franz Werfels
3.) „Unfaßbares Schicksal dem Totenreich alles Geschehene zu entreißen." Werfels Roman „Die 40 Tage des Musa Dagh".
4.) „Alles ist Gnade". Werfels religiöse Romane.

Der Referent hat für das Caritas-Pirckheimer-Haus bereits mehrere Studienfahrten in die böhmische Heimat Werfels und nach Mähren und Schlesien geführt und war 2002 und 2003 auf den Spuren von Werfels Roman auf dem Musa Dagh in der Südtürkei. Für September bereitet er ein Seminar in der Südosttürkei vor, bei dem auf dem Musa Dagh und den Orten des Romans dieser „Tatort der Weltliteratur" analysiert wird.

Nähere Informationen und Programme:
Caritas-Pirckheimer-Haus, Königstr. 64
D-90408 Nürnberg.

Donauschwaben stehen bereit für die Abwicklung der Restitutionsverfahren

Die Nachricht von der bevorstehenden Einigung zwischen Kroatien und Österreich auf die Entschädigung der nach dem Zweiten Weltkrieg vertriebenen Donauschwaben wird viele Österreicher gefreut haben – besonders viele in Oberösterreich. Denn von den 120.000 bis 130.000 nach dem Krieg in Österreich angesiedelten Donauschwaben fanden 50.000 ob der Enns eine neue Heimat. Anton Ellmer, Landesobmann der Donauschwaben, schätzt die Zahl der Oberösterreicher mit donauschwäbischen Wurzeln auf heute 80.000. Zu ihnen zählt Christa Pühringer, die Gattin des oberösterreichischen Landeshauptmannes, deren Mutter im Alter von sieben Jahren mit ihren Eltern nach Oberösterreich gekommen ist.

Etwa ein Viertel der donauschwäbischen Gemeinde in Oberösterreich entstammt Gebieten des heutigen Kroatien und ist somit direkt oder indirekt betroffen, wenn der bilaterale Entschädigungsvertrag unter Dach und Fach ist. Dann wird es auch für Anton Ellmer noch einmal richtig stressig: „Sobald das zwischenstaatliche Abkommen steht, werden wir den ganzen Tag Dienst machen und die Leuten tatkräftigst unterstützten", verspricht er im Gespräch mit der „Sudetenpost". Mittlerweile wurde auch die ursprünglich falsche Auslegung der Erbfolge geklärt. Demnach ist – genau wie in Österreich – jeder direkte Nachkomme erbberechtigt. Weshalb, so Ellmer, mit einem verstärkten Interesse von Betroffenen gerechnet werden kann.

Zudem kommt als ganz wesentlicher Faktor dazu , daß die Landsmannschaft in Kooperation mit einem kroatischen Rechtsanwalt und einer ehemaligen kroatischen Richterin einen „Antrags-Ablauf" entwickelt hat, der

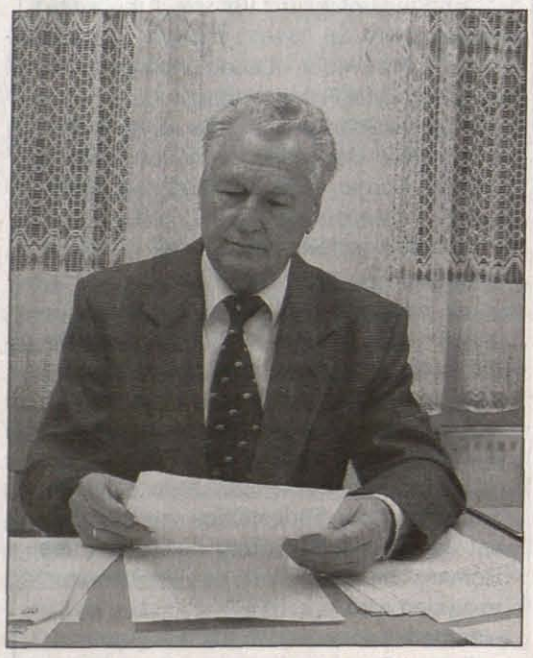
1.) den betagten, hilfsbedürftigen Menschen die Besorgung der erforderlichen Urkunden erleichtert;

2.) die Kosten der Antragstellung überschaubar, niedrig und für jeden Einzelfall selbst errechenbar macht.

Ellmer: „Die Antragsteller müssen nur noch eine Vollmacht unterschreiben. Wir helfen beim Ausfüllen der Formulare. Die Kosten für den kroatischen Anwalt konnten äußerst niedrig ausgehandelt werden". Antragssteller können mit Kosten von etwa 200 Euro für Urkundenbeschaffung und Übersetzungen kalkulieren. Rund 600 Landsleute hat Ellmer schon beraten.

Theoretisch geht es um ein Milliardenvermögen, praktisch um viel weniger Geld – eigentlich aber um viel mehr als Geld: Aussöhnung. Einer vor acht Jahren vom Außenministerium in Auftrag gegebenen Erhebung zufolge wurde den Donauschwaben in Kroatien nach dem Krieg Vermögen im Wert von zirka 5,5 Milliarden Euro entzogen (siehe Kasten). Doch von Zahlen redet der oberösterreichische Donauschwaben-Obmann Ellmer gar nicht, obwohl er schon Restitutionsanträge vorbereitet. Denn er weiß nicht nur, daß fünfeinhalb Milliarden Euro die kroatischen Möglichkeiten wohl überfordern würden, er weiß vor allem, was viele Donauschwaben tatsächlich am meisten wollen: „Viele sagen: Ich will nur einen symbolischen Euro als Anerkennung des Unrechtes!" Ellmer geht es auch deshalb zuerst um diese menschliche Geste Kroatiens, „weil wir keine Revanchisten, sondern Brückenbauer sind". Das Außenamt in Wien betont, daß Naturalrestitution (Rückgabe konfiszierten Eigentums) vor finanzieller Entschädigung gehe, weil das, so der zuständige Gesandte Thomas Buchsbaum, dem kroatischen Staat am billigsten komme. Dort wo eine Restitution nicht mehr möglich ist, weil das Haus gar nicht mehr existiert oder über den Grund eine Straße gebaut wurde, wird es finanzielle Abgeltungen geben müssen. In welcher Höhe ist unklar. Eine Obergrenze werde es aber nicht geben, so Buchsbaum. Christa Pühringer bzw. ihre Mutter könnte übrigens keinen Antrag stellen. Ihre Vorfahren stammen aus Ruma auf serbischem Gebiet. Und Serbien ist bislang nicht bereit, den Donauschwaben wie Kroatien späte Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen.

Und auch aus kroatischem Gebiet stammende Donauschwaben ohne österreichische Staatsbürgerschaft müssen, wie berichtet, damit rechnen, daß sie durch die Finger schauen werden. Denn bisher bemühte sich, wie berichtet, nur die österreichische Außenministerin Benita Ferrero-Waldner um einen Entschädigungsvertrag. „Deutschland stellt sich vollkommen taub und macht in der Richtung gar nichts", klagte der Präsident des Donauschwäbischen Weltverbandes, Rudolf Reimann, in der letzten „Sudetenpost" und äußerte die Befürchtung, daß „Österreich wahrscheinlich das einzige Land sein wird, das ein Abkommen mit Kroatien schließen wird". Das Außenamt in Berlin bestätigte gegenüber der „Sudetenpost" die bisherige Untätigkeit, schloß aber nicht aus, sich an Österreich ein Beispiel zu nehmen: „Wir müssen erst einmal sehen, was die Kroaten mit den Österreichern gemacht haben", sagte eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes zur „Sudetenpost", „konkret bestehen auf deutscher Seite noch keine Pläne". Vielleicht besinnt sich Außenminister Joschka Fischer ja seiner eigenen donauschwäbischen Herkunft, wenn ihm Kollegin Ferrero demnächst vom endgültigen Vertragsabschluß mit Kroatien berichten kann...



Anton Ellmer: Oberösterreichs oberster Donauschwabe rechnet mit viel Arbeit, wenn der Vertrag mit Kroatien endgültig steht.

Enteignetes Privatvermögen in Kroatien: 5,5 Milliarden Euro!

Der Verband der Volksdeutschen Landsmannschaften Österreichs hat im Zusammenwirken mit dem Österreichischen Außenministerium, der oö. Landesregierung und dem Österreichischen Statistischen Zentralamt im Jahr 1996 eine Vermögenserfassung der in Österreich lebenden Heimatvertriebenen deutscher Muttersprache durchgeführt.

Die Erfassung erfolgte länderweise in Regionen aufgeteilt.

Für das Gebiet Jugoslawien, in dem Donauschwaben siedelten (ohne Slowenien – Deutsch-Untersteierer und Gottscheer) wurden 4476 Anträge mit einem Vermögenswert von öS 13.887.400.000 (Zeitwert 1994) erfaßt, davon:

in Kroatien 1543 Anträge,
in Jugoslawien 2933 Anträge.

Rechnet man die erfaßten Vermögenswerte hoch, so ergeben sich folgende Vermögenswerte in öS, bezogen auf das Jahr 1994

	erfaßte Vermögenswerte	hochgerechnete Vermögenswerte
Jugoslawien	9.582.400.000	56.201.760.000
Kroatien	4.305.000.000	67.476.489.000

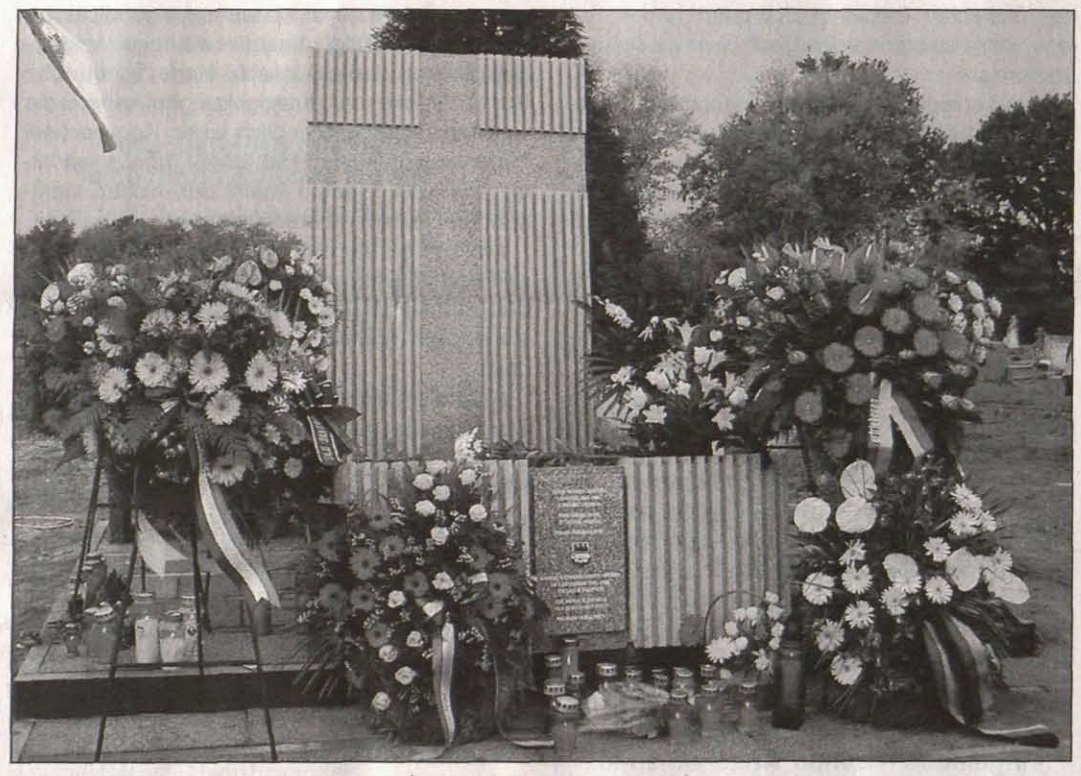
Hierbei handelt es sich ausschließlich um Privatvermögen.

Wenn man den Geldwertverlust vom Jahr 1994 auf 2000 berücksichtigt, ergeben sich folgende Vermögensverluste im Jahr 2000:

Kroatien	67.476.489.000
	7.422.414.000
	öS 74.898.903.000
	Euro 5.443.234.000
Jugoslawien	56.201.760.000
	6.182.194.000
	öS 62.383.954.000
	Euro 4.533.718.000

Zu dem ausgewiesenen Privatvermögen ist noch das vorhin ermittelte Vermögen der Allgemeinheit hinzuzurechnen.

	Privatverm.	Allgemeinverm.	Gesamtvermögen
Jugoslawien öS	62.384.000.000	2.640.750.000	65.024.750.000
Jugoslawien Euro	4.533.718.000	191.800.000	4.725.518.000
Kroatien öS	74.899.000.000	3.697.000.000	78.596.000.000
Kroatien Euro	5.443.234.000	268.520.000	5.661.734.000



Zeichen der Aussöhnung: Im kroatischen Valpovo steht seit kurzem dieses Denkmal, das an die hier im Todeslager ermordeten Donauschwaben erinnert.

Werkwoche auf dem Heilgenhof

Nicht besonders gut ausgeschlafen – das liegt gewiß nicht an den wohlausgestatteten, freundlichen Zimmern – aber doch erholt und beflügelt mit neuen Anregungen und Vorhaben, verläßt eine Gruppe von Frauen und Männern den Heiligenhof von Bad Kissingen. Alljährlich treffen sie sich dort zu einer Werkwoche vom 2. bis zum 9. (mit Verlängerung auch bis zum 11.) Jänner.

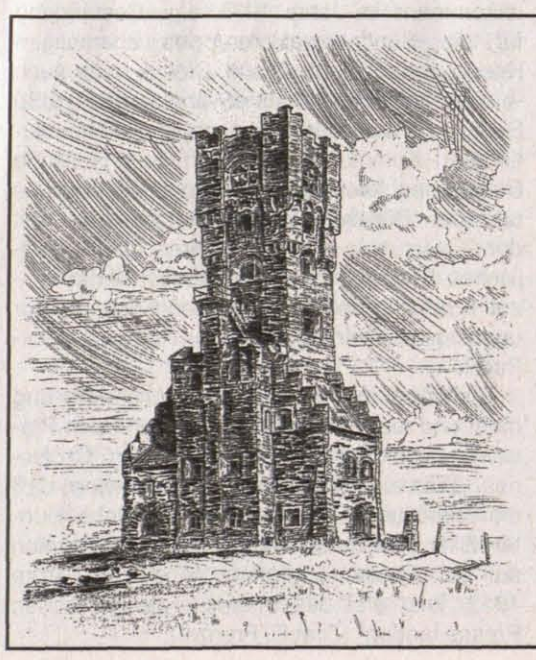
Bauernmalerei, Klöppeln, Sticken und Weben unter erstklassiger fachkundiger Anleitung waren dieses Jahr die bevorzugten Tätigkeiten, denen wir vom Morgen bis oft zum späten Abend nachgingen. Meisterinnen des jeweiligen Fachs regen zur Gestaltung neuer Muster an und zeigen, wie die praktische Umsetzung erfolgt. Werkstücke werden nach dem persönlichen Wunsch des einzelnen Teilnehmers angefertigt. Dabei erfährt jeder – je nach Vorkenntnissen – mehr oder weniger Unterweisung, niemand kommt zu kurz.

Das besondere Erlebnis ist der herrschende Gemeinschaftsgeist, die Geselligkeit, die den Tag mit Gesang, Kartenspiel und guten Gesprächen bei einem Gläschen Frankenwein ausklingen läßt.

Traudl Kukuk, die frühere Leiterin des Hauses, ist der gute Geist dieser Gruppe. Sie hält die Fäden in der Hand, kann im „Ruhestand" selber in einer Gruppe mittun, organisiert jeweils eine Nachmittagsfahrt in die Umgebung, die ihr Sohn Uli Kukuk leitet und den Teilnehmern Wissenswertes über Land und Leute, Geschichte, Wirtschaft u. a. vermittelt. Diesjährige Ziele waren die Behinderten-Werkstätten im hessischen Sassen und das „Haus der Schwarzen Berge" im Bioreservat „Rhön".

Ausklang findet diese „aktive Freizeit" mit dem Schlußabend im Weinkeller. Lieder, Mundartgeschichten und -gedichte, humorvolle Wochenrückblicke und andere Beiträge erheitern uns, so daß wir anderntags gutgelaunt die Heimreise antreten können. Die schmackhafte Hausmannskost sorgt dafür, daß wir bei allen Aktivitäten sicher nicht abgemagert sind.

Neugierig geworden? Wir freuen uns über jeden Neuzugang, ob jung oder alt, ob Sudetendeutscher, Schlesier, Ostpreuße, Pommer oder Einheimischer ... Das Programm wird 2005 in begrenztem Umfang erweitert: Patchwork, Laubsägearbeiten, Eierfärben und -kratzen. Das Mitmachen in Werkgruppen ist nicht zwingend. Ehegatten können mitkommen. Ausflugs- und Wanderziele gibt es viele. Die Teilnahme werden Sie sicher nicht bereuen. Anfragen richten Sie bitte an den „Heiligenhof" in Bad Kissingen, zu Handen von Traudl Kukuk. Hanns Grund



Altvaterturm

Lehesten / Thüringen
sucht für Gastronomie
Pächter
vor der Einweihung
am 28. / 29. August 2004

Interessenten bitte melden unter
W. TITZE • 96450 COBURG
Creidlitzer Str. 28: Tel. 09561-87390
Fax 09561-873990
E-mail: info@coburg.creditreform.de

SL-Kontaktbüro in Prag plant heuer jeden Monat eine öffentliche Aktion

Der Leiter des Sudetendeutschen Kontaktbüros in Prag, Peter Barton, reagiert mit dem nachfolgenden Beitrag auf einen in der „Sudetenpost", vom 13. Jänner erschienen Bericht mit dem Titel „Sudetendeutsches Kontaktbüro in Prag eine Seifenblase?".

Das Sudetendeutsche Kontaktbüro in Prag soll mehrere Aufgaben erfüllen: Zuerst geht es darum, Kontakte mit Vertretern des politischen und gesellschaftlichen Lebens in der Tschechischen Republik zu knüpfen und zu pflegen. Inzwischen laden mich nicht nur die deutsche und die österreichische Botschaft zu allen wichtigen Veranstaltungen ein. Ich habe auch bereits gute Kontakte zu den Botschaften Ungarns, der Slowakei, des Heiligen Stuhls und weiteren Staaten.

Im Bereich der Politik geht es darum, Vorgespräche und informative Begegnungen mit Parlamentariern und Kommunalpolitikern der demokratischen tschechischen Parteien zu führen. Diese Gespräche haben den Zweck, die ungelösten Probleme der Sudetendeutschen Frage anzusprechen und die jeweilige Position der tschechischen Seite dazu auszuloten. Das Prager SL-Büro hat auf diesem Feld einige Kontakte, die bereits als freundschaftlich bezeichnet werden können. Ich scheue auch die Begegnung mit politischen Gegnern nicht: Man kann sich die Sichtweise der anderen Seite anhören und dabei gut unseren Standpunkt darlegen...

Auch deutsche und österreichische Politiker machen gerne Station in unserem Prager Büro, eine Gruppe von Abgeordneten aus dem Deutschen Bundestag besuchte die SL-Vertretung in der Thomasgasse im September 2003. Im Mai ließ sich der österreichische Botschafter Klas Daublebsky mit Dienstlimousine und Stander vorfahren.

Über die Politik hinaus sind die Kontakte zu Vertretern der Kirche, der Universitäten und zu tschechischen Bürgerinitiativen von Bedeutung. Die Tätigkeit der Landsmannschaft im Bereich Kultur ist für das Prager SL-Büro besonders wichtig. Den Rahmen einer Kulturveranstaltung versuche ich meist für eine politische Präsenz am Ort zu nutzen. So konnten wir zum Beispiel bei der Eröffnung der Emilie-Schindler-Ausstellung in Warnsdorf am 13. Jänner Landes- und Kommunalpolitiker aus Sachsen und Nordböhmen zusammenbringen. Die Vertreter der Christdemokraten aus den Nachbarkreisen Aussig und Löbau-Zittau trafen sich nach der Ausstellung zu einem Gedankenaustausch, man hat manche Pläne für die zusammenwachsende Region Neiße an unserem Tisch geschmiedet, drei Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus den sächsischen Städten Seifhennersdorf, Neugersdorf und Großschönau kamen nach Warnsdorf und sprachen mit der Warnsdorfer zweiten Bürgermeisterin, die auch der Stellvertretende Vorsitzende der CDU-Fraktion im Sächsischen Landtag, Heinz Lehmann, persönlich begrüßte. Es bleibt also nicht bei der jeweiligen Kulturveranstaltung...

Ich bin stolz darauf, daß ich als Vertreter der Sudetendeutschen in der Tschechischen Republik die Politiker zu einem zukunftsorientierten und grenzüberschreitenden Treffen begrüßen konnte. Denn die Sudetendeutschen sind auch Wegbereiter im zusammenwachsenden Europa. Für das Jahr 2004 planen wir jeden Monat eine ähnliche öffentliche Aktion. Als Büroleiter bin ich deswegen sehr viel unterwegs, denn die Tätigkeit unseres Büros beschränkt sich keineswegs auf die tschechische Hauptstadt.

Einen großen Teil meines Arbeitstages widme ich der Pflege von Kontakten mit einzelnen tschechischen Bürgern und Vertretern von Bürgerinitiativen. Man sucht uns auf, um vergessene und verlorene Familienmitglieder und vertriebene Freunde zu finden; derartige Gesuche erreichen uns jede Woche. Die Bürgerinitiativen brauchen Hilfe bei der Renovierung ihrer Heimatgemeinden; hier konnten wir bereits fruchtbare Kontakte zu den Heimatkreisbetreuern vermitteln.

Ich vergesse auch die junge tschechische Generation nicht. Das Prager SL-Büro hat an einigen Diskussionen mit den Studenten und anderen jungen Leuten mitgewirkt, jetzt im Februar fährt eine Gruppe von acht jungen tschechischen Politikern zu einem Wochenendseminar, organisiert von der SL Nordrhein-Westfalen, nach Königswinter am Rhein.

Das Interesse der internationalen Medien ist nach wie vor beachtlich. In unserem Büro drehten bereits die staatlichen Fernsehanstalten aus Tschechien, Deutschland, Ungarn, Portugal und Belgien.

Zeitungsjournalisten aus Österreich, aus Ungarn, aus Deutschland, aus Dänemark, Norwegen, Finnland und Frankreich waren bei uns zu Gast.

Selbstverständlich rede ich auch mit Sudetendeutschen, die in Prag sind. Auf ihrem Weg in die Heimatgebiete hat schon so manche Gruppe von Landsleuten das Büro besucht. An den Wochenenden bin ich viel unterwegs, deshalb bitte ich um rechtzeitige Anmeldung, damit ein Abstecher in die Thomasgasse ermöglicht werden kann. Im Schnitt verbringe ich nur ein Wochenende pro Monat in Prag.

Das Prager SL-Büro beschäftigt zur Zeit nur mich und eine Sekretärin. Aus Kostengründen ist auch keine nennenswerte Aufstockung unseres Personals geplant. Deshalb bleibt das Büro manchmal unbesetzt, weil ich, wie bereits gesagt, viel unterwegs bin. Aus Sicherheitsgründen sollten sich Besucher zunächst schriftlich anmelden. Anfangs hatten wir sogar Bombendrohungen, haßerfüllte Demonstrationen und ähnliche „Störfälle" zu verkraften.

Der Journalist Petr Uhl und SL-Kontaktbüro-Leiter Peter Barton.

Einige Fragen (wie solche zur Staatsbürgerschaft) kann ich nicht beantworten; ich empfehle dann den Gang zur Botschaft. Insgesamt ist das Interesse der tschechischen Öffentlichkeit an unserer Arbeit sehr groß und positiv. Wir informieren nicht nur den Vorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft regelmäßig. Zur Veröffentlichung geeignete Informationen stelle ich überdies der „Sudetendeutschen Zeitung" oder persönlich zur Verfügung – wie am 29. November im „Haus der Heimat" in Wien. Insgesamt wird das Prager SL-Büro allgemein akzeptiert und von unseren Partnern geschätzt. Unsere Gegner haben das inzwischen richtig erkannt, und ich bin mir sicher, daß die nationalistischen und postkommunistischen Kreise in der Tschechischen Republik mit ihrer Propaganda gegen unser Büro keinen Erfolg haben werden.

Peter Barton M. A.,
Leiter des SL-Kontaktbüros Prag

Familiengeschichte erforschen: Zweitägiges Seminar in Wien

Auch heuer wird das bereits zur Tradition gewordene Seminar „Familiengeschichtsforschung in den historisch deutsch besiedelten Ostgebieten" veranstaltet, und zwar am 20. März 2004 im „Haus der Heimat" und am 21. März 2004 in den Räumen der Gesellschaft „Adler". Da diese Veranstaltung bereits das fünfte Mal stattfindet, wird diesmal ein zweitägiges Seminar angeboten. Der erste Tag findet im „Haus der Heimat", in 1030 Wien, Steingasse 25, statt.

Die Seminarleitung am Samstag, dem 20. März, hat Lore Schretzenmayr übernommen.

Programm:

Einführung – Vorstellung der Teilnehmer und ihrer Forschungsarbeit – Der Einstieg und die Möglichkeiten der Familiengeschichtsforschung in den genannten Gebieten – Fragestellung und Diskussion.

Zeit: Von 9.30 bis 12.30 Uhr – Pause – und von 13.30 bis 16.30 Uhr.

Der zweite Tag wird als Besichtigungs- und zugleich Forschungstag in der Gesellschaft „Adler", 1090 Wien, Universitätsstraße 6, abgehalten. Die Seminarleitung am Sonntag hat Dr. Christa Mache inne. Geplant ist eine Führung durch die Räume der Gesellschaft „Adler" und eine Einführung in die vorhandenen Sudetendeutschen Sammlungen, Nachlässe, Zeitschriften und Literaturnachweise.

Zeit: Von 10.30 bis 16.30 Uhr.

Kosten: Ein-Tages-Seminar Samstag (inklusive Mittagstisch): € 21,00.

Ein-Tages-Seminar Sonntag: Führung und Einführung in die Forschungsmöglichkeiten in der Gesellschaft „Adler", € 12,00.

Zweitages-Seminar € 30,00.

Da es sich voriges Jahr bewährt hat, das Mittagessen direkt im Hause konsumieren zu können, ist auch heuer durch das Engagement der Familie Mussner die Gelegenheit gegeben, mit Kaffee in den Pausen und einem Menü für die Mittagspause versorgt zu sein.

Bitte beachten Sie: Der Anmeldeschluß für die beide Seminartage ist jeweils der 15. März 2004.

Anmeldung schriftlich, an die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich, 1030 Wien, Steingasse 25, Faxnummer 01/718 59 23, oder per e-mail an office@sudeten.at.

Sudetendeutsche Zeitzeugen als Geschichtslehrer

Geschichtslehrer Praschberger war sichtlich erfreut, daß sich seine Schüler so intensiv an dieser „Geschichtsstunde" beteiligt haben.

In Tirol sind lediglich dreitausend vertriebene Sudetendeutsche gelandet, so daß heute der junge Tiroler nur sehr wenig und oft gar nichts weiß, wie die Tschechoslowakische Republik mit den aus ihrer Heimat vertriebenen deutschen Bevölkerung umgegangen ist. Um so erfreulicher ist die Tatsache, daß der Geschichtslehrer Hubert Praschberger von der Niederndorfer Hauptschule sich einen Zeitzeugen für den Geschichtsunterricht geholt hat, der den Mädchen und Buben hautnah das Schicksal seiner Familie vor Augen führte, bei dem er als dreizehnjähriger Bub Internierung, Zwangsarbeit, und mehrere Hungerlager überlebt hat. Der Zeitzeuge, Herr Hugo Fritsch, hat die ganze Famlie verloren. Zwei Brüder, Vater Mutter und Großmutter starben an den unmenschlichen Verhältnissen, die damals in den Lagern geherrscht haben. Während bei Schülern der Oberstufe die Diskussion nur zaghaft beginnt und sich vor allem auf die Beneš-Dekrete, die durch die Medien stark propagierten Naziverbrechen und das in den Geschichtsbüchern nicht korrekt dargestellte Münchener Abkommen konzentriert, waren die Fragen der Hauptschüler spontan, von der Leber weg, und dem Thema gewidmet, wie der zwölfjährige Bub mit dem Leben fertig geworden ist, was er zu essen bekommen hat, wie seine Kleidung ausgeschaut hat, wie weit die Kinder den ganzen Tag die schweren Wasserkübel vom Fluß wegtragen mußten, wieviele Menschen in einer Baracke, in einem Zimmer leben mußten, wie die Toten begraben wurden und vieles mehr.

Von den Antworten waren die Schüler tief beeindruckt. Um verschiedene Aussagen besser untermauern zu können, hat Herr Fritsch zur Ergänzung seiner Aussagen auch aus seinem Buch, der autobiographischen Dokumentation „Hugo, das Delegationskind", drei Abschnitte vorgelesen, die den Kampf ums Überleben und den Zustand des Waisen darstellen, der vom Internationalen Roten Kreuz aus dem Lager herausgenommen und in ein Knabenheim gegeben wird. Unbegreiflich erschien es den Jugendlichen, daß ihr Zeitzeuge vom 20. November 1944 bis zum September 1946 keinerlei Schulen besuchen konnte.

Geschichtslehrer Praschberger war sichtlich erfreut, daß sich seine Schüler so intensiv an dieser „Geschichtsstunde" beteiligt haben.

Hugo Fritsch

SLÖ und Ungarn-Weltbund kämpfen gemeinsam gegen Beneš-Dekrete

Die SLÖ und der Weltbund der Ungarn (WBU) werden künftig gemeinsam gegen die Beneš-Dekrete kämpfen. Das ist das Ergebnis eines Treffens führender Vertreter beider Organisationen am 2. Februar in Budapest.

Anschließend an eine gemeinsame Pressekonferenz im WBU-Hauptquartier in Budapest trafen sich SLÖ-Obmann Gerhard Zeihsel und WBU-Präsident Miklós Patrubány zu einem Erfahrungsaustausch. Als Ergebnis der Besprechung, die in einer guten Atmosphäre verlaufen ist, brachten beide Seiten folgende gemeinsame Erklärung zur Kenntnis:

1. Durch die vielfältigen parallellen Interessen haben beide Seiten eine weitere langfristige Zusammenarbeit beschlossen.

2. Nach der Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 soll der gemeinsame juristische Rechtskampf für die Restitution bzw. Entschädigung der kollektiv enteigneten Ungarn und Deutschen in der Tschechischen und der Slowakischen Republik aufgenommen werden. Dieser Rechtskampf soll sowohl in den europäischen Institutionen, als auch in den betreffenden Ländern geführt werden.

3. Die Aufmerksamkeit der EU-Länder auf die noch heute bestehenden menschenrechtswidrigen Auswirkungen der Beneš-Dekrete in der Tschechischen und der Slowakischen Republik zu lenken.

4. Die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg vom Jänner 2004 betreffend einer Entschädigung der Mitteldeutschen / DDR / Bauern gibt uns neue Hoffnungen. Unserer Meinung nach werden sich die CR und SK diesem europäischen Rechtsstandard nicht entziehen können.

5. Wir empfinden die Absicht des Prager Parlaments, den höchsten tschechischen Orden – den Masaryk-Orden – posthum an Edvard Beneš zu verleihen, als eine Provokation der europäischen Werte.

6. Wir erwarten von der EU und der Brüsseler Stadtregierung daß sie die bestehende Av. Edvard Benes in Brüssel umgehend umbenennen.

7. Wir erwarten von den europäischen Staaten daß sie sich für einen verstärkten Minderheitenschutz, mit der Möglichkeit von Autonomieregelungen, in der zukünftigen europäischen Verfassung einsetzen. Als Grundlage sollte die Entschließung des WBU vom Juli 2003 dienen.

Voraussetzung für eine gedeihliche Zusammenarbeit der Völker und Volksgruppen ist eine menschenwürdige Behandlung aller Interessierten und die Aufarbeitung und Lösung der offenen Probleme.

Gemeinsam gegen die Beneš-Dekrete (v. l. n. r.): Istvan Nadasdi (Vertreter des WBU-Belgien), Miklos Patrubany (Präsident des WBU), Eva Zabolai Csekme (Vorstandsmitglied des WBU-Ungarn), Gerhard Zeihsel (SLÖ-Bundesobmann), Markus Freilinger (VLÖ-Pressemitarbeiter).

SCHON JETZT VORMERKEN!

100-Jahr-Feier Eghalanda Gmoi z'Linz

28. März 2004

Festsaal des Neuen Rathauses in Linz

Ausstellung in Gera: „Sudetendeutsche Sozialdemokraten"

Die zu dieser Thematik in Gera in der Stadt- und Regionalbibliothek vom 5. bis 26. Februar 2004 präsente Ausstellung wird nicht nur ein Novum für Deutschland, sondern in seiner Zusammenfassung beider geschichtlichen Zeitabschnitte von den ersten Anfängen der Arbeitervereine in der k.u.k. Monarchie über das Wirken der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (DSAP) in der Tschechoslowakischen Republik bis zum Exil nach der Errichtung des Protektorates Böhmen und Mähren, ein Unikat überhaupt. Das vom Felix-Ermacora-Institut und der Dokumentationsstelle der Sudetendeutschen Landsmannschaft Österreichs zur Verfügung gestellte Material ist geeignet, historische Horizonte zu erweitern oder auch bisherige enge Schablonen aufzubrechen. Auf jeden Fall ist es ein Angebot, Europa besser zu verstehen. F. P.

Fischer bei erster Gedenkveranstaltung für Nazi-Opfer in Prag:

Erinnerung an ermordete Sudetendeutsche im Lager Theresienstadt nach 1945

Der Zweite Präsident des Österreichischen Nationalrates, Dr. Heinz Fischer, hielt anläßlich einer Gedenkveranstaltung der Tschechischen Republik eine Rede in der Prager Staatsoper. Darin erinnerte er an den Holocaust und die damit verknüpften Einzelschicksale, die wir heute nicht vergessen dürfen und auch nicht morgen. Dies sei, wie Fischer betonte, eine gemeinsame Aufgabe „für die Wiener und die Prager, die Österreicher und die Tschechen, die Deutschen und alle übrigen Europäer und für alle human gesinnten Menschen". Unter anderem stehe auch Theresienstadt und all die anderen Lager für eine Schuld, die nie vergessen werden dürfe.

Wir haben aus der Geschichte gelernt, schloß Fischer. Wir haben gelernt, den Begriff der Menschenrechte umfassend und tiefreichend zu verstehen. Wir haben gelernt, daß Menschenrechte unteilbar sind und daß wir den Begriff einer Kollektivschuld nicht akzeptieren dürfen, sagte er. Unsere Glaubwürdigkeit verlange es daher, Menschenrechtsverletzungen grundsätzlich und ausnahmslos zu verurteilen, wann imer und wo immer sie sich ereignen, und für eine Gesellschaft zu kämpfen, in der die Würde des Menschen umfassend geachtet wird.

Dieser Aussage schließt sich auch die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ) vollinhaltlich an und erinnert an das Drama der Sudetendeutschen nach Kriegsende in Theresienstadt und hofft, daß dies Präsident Heinz Fischer auch bekannt ist und er bei den Gesprächen am Rande der Gedenkveranstaltung mit den tschechischen Politikern auch dieses Thema angesprochen hat.

Theresienstadt / Terezin

Im Bezirk Leitmeritz ließ im Jahre 1780 Kaiser Joseph II., dort wo die Eger in die Elbe einmündet, eine Festungsanlage und eine Stadt bauen, die er nach seiner Mutter benannte. Bis 1888 bestand die Festung, später war Theresienstadt auch Garnison und Staatsgefängnis. Auch Gavrilo Princip, der Attentäter von Sarajewo, war hier eingekerkert. Im Zweiten Weltkrieg erlangte Theresienstadt traurige Berühmtheit als Ghetto und Konzentrationslager für Juden und Nazigegner.

Kaum waren diese unglücklichen Opfer am 8. Mai 1945 befreit, errichteten die Tschechen ein grausames Lager, in dem Tausende von Sudetendeutschen ermordet wurden.

In der sogenannten Kleinen Festung wurden eine Gedenkstätte und ein Ehrenfriedhof für die erstgenannten Opfer errichtet, während der toten Sudetendeutschen dort niemand gedenkt.

Zeitzeugenbericht

Theresienstadt: Schwere Mißhandlungen im Lager. Berichter: Hans Strobl. Bericht vom 26. 6. 1946.

Ich meldete mich am 9. Mai 1945 gemäß offizieller Aufforderung mit meiner Familie bei der Prager Polizei und wurde vierzehn Tage in Pankratz festgehalten, wo alle Häftlinge aufs schwerste mißhandelt wurden. Von dort wurde ich am 26. Mai mit einem Transport von sechshundert Leuten, Männern, Frauen und Kindern, nach Theresienstadt gebracht. Bei der Ankunft wurden die Häftlinge wahllos mit Knüppeln, Axtstielen, Gewehrkolben usw, aufs grausamste verprügelt. Neunundfünfzig Männer wurden dabei zu Tode geprügelt; es waren meistens ältere Männer, die nicht schnell genug laufen konnten. Ungefähr zweihundert Personen sind in der nächsten Zeit an den Folgen der Mißhandlungen gestorben.

Mir selber wurde dabei das Ellbogengelenk zertrümmert und die Elle und die Speichen gebrochen. Eine ärztliche Hilfe war nicht vorhanden. Erst am 25. 8., nach drei Monaten, wurde ich ins Leitmeritzer Krankenhaus eingeliefert und operiert. Ich brachte dann fünf Monate im Krankenhaus zu.

Aus: Dokumente zur Vertreibung der Sudetendeutschen: Überlebende kommen zu Wort. Bericht 38, Seite 139. Originalausgabe: Selbstverlag der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung Sudetendeutscher Interessen, 1951. Einleitung und Bearbeitung von Dr. Wilhelm Turnwald. www.mitteleuropa.de/Dokumentationen Theresienstadt.

... aus dem Tagebuch des Karlsbader Rechtsanwaltes Dr. Karl Förster

Flucht nach Österreich

Vřad Prace Karlovy Vary (Arbeitsamt Karlsbad) 9150.

„Am 30. Mai 1945 wurde die Kanzlei – wie alle Advokatenkanzleien in Karlsbad – von einem Vertreter des Nationalausschusses der Advokatenkammer für Böhmen in Prag, verschlossen. Ein Betreten war mir nicht mehr gestattet. Es trafen die ersten tschechischen Advokaten ein. Sie amtierten in den schönsten Kanzleiräumen mit den Einrichtungen der gesperrten deutschen Kanzleien. Sie nannten sich auf Grund eines Dekretes des Präsidenten der wiedererrichteten CSR, Dr. Edvard Beneš, Narodni spravce = Nationale Verwalter. Es war sicher der Beruf eines Advokaten für „Deutsche" unmöglich geworden. Die Eigentümer der Kanzleien wurden Angestellte des Nationalen Verwalters und wurden von diesem nach Belieben entlohnt. Ich erhielt für meine eigene und die von mir geführten Kanzleien Dr. Jos. Svatschuk Krča als Nationalen Verwalter. Seine Kanzlei war im Hause Masarykstraße 11. Ich war bei ihm beschäftigt, ebenso Frau Hübl – sie war meine einzige Angestellte und war „Antifaschistin". Es war die Frage, was tun, wovon leben, wohin sich aussiedeln lassen?

Am linken Arm trug ich die damals für „Deutsche" (Nemci) bei Strafe vorgeschriebene weiße Armbinde. Als Zeichen, daß ich in Arbeit stand, war sie vom Arbeitsamt meines Wohnortes abgestempelt. Dieser „Arbeitsstempel" trug außerdem die Nummer / Ziffer des Arbeitsbuches, welches als Ausweispapier neben der Bürgerlegitimation jeder Bewohner bei sich tragen mußte."

****

(Dem Sudetendeutschen Dokumentationsarchiv Wien von Frau Elisabeth Werkmann, SLÖ-Baden, zur Verfügung gestellt.)

Zur Nachahmung empfohlen!

Bundesschimeisterschaften in Lackenhof am Ötscher

Zum 38. Mal laden wir alle Schifahrbegeisterten, gleich welchen Alters – egal ob Mitglied der SdJÖ oder der SLÖ oder auch nicht – aus ganz Österreich zu den Bundesschimeisterschaften ein. Die Veranstaltung findet am Samstag, dem 21. und Sonntag, dem 22. Februar statt. Alle jungen Freunde, die mittlere und ältere Generation aus allen Bundesländern – auch Eure Freunde – sind zur Teilnahme aufgerufen!

Ort: Lackenhof am Ötscher in NÖ. – Unterbringung: Wenn noch möglich, im Gasthof Pöllinger in Langau. Junge Leute können mittels mitgebrachtem Schlafzeug (Liege / Luftmatratze, Schlafsack / Decken) im geheizten Extrazimmer für € 2,– übernachten. Zimmerbestellungen bitte nicht selbst vornehmen, diese nur über die SdJÖ durchführen.

Programm: Samstag ganztägig Trainingsmöglichkeit, ab zirka 16.15 Uhr Treffpunkt in der Schischule Mandl, Gasthaus Ötscherblick. Ab zirka 18 Uhr Startnummernverlosung im Gasthaus Pöllinger, Langau.

Sonntag, 9.45 Uhr, Riesentorlauf in allen Klassen, anschließend Er-und-Sie-Lauf, dann Siegerehrung im Gasthaus Ötscherblick, Mandl.

Startgeld: Kinder bis 10 Jahre € 3,–, alle älteren € 6,–. Anmeldungen bis spätestens 17. Februar bei Rogelböck, Tel. / Fax: (01) 888 63 97 (Telefon von 17 bis 19 Uhr).

Bergwoche 2004 im Juli in der Samnaun-Gruppe in Tirol

Heuer findet die traditionelle Bergwoche der SdJÖ und SLÖ in Zusammenarbeit mit der ÖAV-Sektion St. Pölten im Juli statt. Der genaue Termin wird Mitte / Ende Februar 2004 feststehen. Es wird, so wie heuer, wieder ein Standquartier geben, und von dort aus werden täglich in diversen Gruppen unter der Leitung unserer Bergführer Franz und Berthold Wanderungen und Gipfeltouren unternommen werden.

Von der Organisation her ist diese Wanderwoche für alle Generationen – für jüngere und mittlere und insbesondere auch für ältere gehfreudige Bergkameraden und -kameradinnen (alle Landsleute und deren „Anhang") – bestens geeignet! Die Touren werden je nach Gehfähigkeit und Kondition zusammengestellt und durchgeführt.

Ein wichtiger Hinweis: Diese Bergwoche ist bereits jetzt sehr gut gebucht. Wer mitmachen möchte, möge sich daher wegen der Platzreservierung so bald als möglich bei unserem Tourenführer Lm. Franz Schaden, 3100 St. Pölten, Birkengasse 6, Telefon 0 27 42 / 71 9 67 (von Deutschland: 00 43 / 27 42 / 71 9 67), melden. Er wird dann Details (Preis, Anreise usw.) rechtzeitig bekanntgeben.

Unsere Bergwoche ist wirklich ein sehr gutes Angebot für alle Bergfreunde, Landsleute und Freunde jeden Alters – da muß man ganz einfach mitmachen!

Nochmals: Bitte sehr rasch bei Franz anmelden – nicht bis zum letzten Zeitpunkt warten, es könnte dann kein Platz mehr sein (ein Gasthof / Hütte usw. hat eben nicht mehr Plätze zu vergeben, als es gibt).

Allen ein kräftiges Berg Heil!

Blutspendeaktion zum Gedenken an die Opfer des 4. März 1919

Unter dem Motto „Spende Blut – rette ein Leben, vielleicht ist es das Deine", wird diese Aktion durchgeführt. Zum Gedenken an die Opfer der friedlichen Demonstration für das Selbstbestimmungsrecht und den Verbleib bei Österreich sowie der Opfer der schrecklichen Vertreibung, wo über 241.000 Menschen den Tod fanden, wollen wir eine soziale Tat setzen!

Die Aktion findet am Freitag, dem 5. März, von 15.00 bis 17.30 Uhr, in der Blutspendezentrale des Roten Kreuzes, Wien 4, Wiedner Hauptstraße 32 (mit Parkmöglichkeit), statt. Jedermann im Alter von 18 bis 65 Jahren, der gesund ist, kann sich daran beteiligen – auch bei einer Erstspende.

Werte Landsleute, liebe Leser und Freunde! Sie sind dazu aufgerufen, im Sinne der Menschlichkeit zu kommen; 54 Menschen verbluteten am 4. März 1919, 241.000 starben bei der Vertreibung, das sollte doch Anlaß sein, etwas Gutes zu tun! Und sollten Sie aber zwischen 15.00 und 17.30 Uhr nicht kommen können, sondern schon am Vormittag (ab 7.00 Uhr ohne Pause möglich), dann geben Sie bitte bei der Schwester unbedingt an, daß Sie zur Blutspendeaktion der Sudetendeutschen kommen, man wird dies dort entsprechend registrieren.

Aus organisatorischen Gründen wird um Voranmeldung bei den Funktionären der Jugend beziehungsweise der SLÖ-Bundesgeschäftsstelle, Wien 3, Steingasse 25, Montag bis Freitag von 9.00 bis 12.00 Uhr, Tel. und Fax: (01) 718 59 19, gebeten, damit wir die Vorausplanung mit dem Roten Kreuz machen können. Eine Voranmeldung ist nicht Bedingung fürs Blutspenden, falls man sich erst im letzten Augenblick dazu entschließt!

Wir hoffen auf zahlreiche Beteiligung bei dieser sozialen Tat.

Sommerlager 2004 in der Steiermark Es werden wieder Gasteltern gesucht!

Das Sommerlager 2004 findet vom 10. bis zum 17. Juli in Kaindorf bei Hartberg in der Oststeiermark, nahe des Stubenbergsees, statt.

In dieser bestimmt sehr schönen Landschaft steht uns eine Schule, wo wir alle untergebracht sind, zur Verfügung. Es werden auch Zelte für die Zeltbegeisterten aufgestellt. Für Romantik ist wieder bestens gesorgt und wir werden dort bestimmt wieder eine erlebnisreiche Woche durchführen. Der Lagerbeitrag beträgt € 145,–, es wird versucht, die Fahrtkosten mit der Bahn und dem Bus zu ersetzen.

Eingeladen sind wieder Kinder und junge Leute im Alter von zirka sieben bis 16 Jahre aus ganz Österreich und auch die Freunde der Kinder können mitmachen!

Dringende Anmeldungen bei der Sudetendeutschen Jugend Österreichs, Steingasse 25, 1030 Wien, Tel./Fax: (01) 718 59 13, mit Angabe der Geburtsdaten und einer telefonischen bzw. Fax-Erreichbarkeit.

Es werden wieder sudetendeutsche Kinder aus Böhmen und Mähren, karpatendeutsche Kinder aus der Zips / Slowakei und siebenbürgisch-sächsische Kinder aus Siebenbürgen / Rumänien zur Teilnahme von uns eingeladen.

Für die fünf Kinder und eine erwachsene Begleitperson aus Siebenbürgen suchen wir wieder Gasteltern (vornehmlich aus dem Raum Wien und Niederösterreich), die bereit sind, diese für eine Woche (vom 17. bis 24. Juli) aufzunehmen. Alle sechs Personen sind kranken- und unfallversichert! Bitte um dringende Meldungen bei uns – die Vorbereitungen müssen schon jetzt getätigt werden.

Wir erwarten uns aus jedem Bundesland und von jeder sudetendeutschen Gliederung Teilnehmer an unserem Sommerlager 2004!

Der Komponist und Geigenvirtuose von Biber starb vor 300 Jahren

Die Musikwelt gedenkt in diesem Jahr des überragenden Geigenvirtuosen und Barockkomponisten Heinrich Ignaz Franz Biber. Er wurde 1644 in Wartenberg am Roll als Sohn eines Flurschützen geboren und er starb hochangesehen 1704 in Salzburg. Paul Hindemith bezeichnete ihn als den größten deutschen Barock-Komponisten vor J. S. Bach (1685 bis 1750).

Seine ersten musikalischen Unterweisungen erhielt Heinrich Ignaz Franz Biber schon während seiner Kindheit durch den Schullehrer und Organisten. Die außergewöhnliche Begabung des Knaben wird wohl bald Aufmerksamkeit erregt haben, so auch bei dem Besitzer der Herrschaft Wartenberg, dem Grafen Liechtenstein-Kastelkorn (das große Schloß dieser Herrschaft ist seit 1945 dem Verfall preisgegeben).

Weitere Ausbildung erhielt Biber vermutlich in Reichenberg, Prag, Dresden und Wien (bei Johann Heinrich Schmelzer!). Immer wieder scheint es Verbindungen zu dem weitverzweigten Geschlecht der Liechtensteins gegeben zu haben, so daß ein Aufenthalt bei den jüngeren Fürsten von Eggenberg in der Steiermark anzunehmen ist.

Spätestens 1668 trat Biber als Kammerdiener und Musiker in die Dienste des kunstsinnigen Erzbischofs von Olmütz und Kremsier (Sommersitz), Karl Graf Liechtenstein.

1670 kehrte Biber von einer Reise nach Tirol zum berühmten Geigenbauer Stainer unerlaubterweise nicht mehr nach Olmütz zurück. Musiker waren ja praktisch Leibeigene, die sich nur mit besonderer Bewilligung von ihrem Dienstort entfernen durften. Stattdessen siedelte er sich in Salzburg an, einer Stadt, der er bis zu seinem Tode treu blieb. Neuer Dienstherr war Fürsterzbischof Max Gandolph Graf Khüenburg.

Aufgrund seiner außergewöhnlichen Virtuosität als Geiger, seiner hochgeschätzten Kompositionen und seiner vielseitigen Tätigkeit gelangte Biber rasch zu hohem Ansehen.

1684 erfolgte die Ernennung zum Fürsterzbischöflichen Hofkapellmeister, dies war das höchste in Salzburg an einen Musiker zu vergebende Amt.

1690 wurde ihm von Kaiser Leopold der ersehnte Adelstitel „von Bibern" verliehen. Biber beschäftigte sich intensiv mit der Möglichkeit des Umstimmens der Violinsaiten, der „Scordatura". Diese Technik verleiht einer Geige durch das Anspannen bzw. Lockern der Saiten einen veränderten Klang. „Außerdem ermöglicht sie häufig die Verwendung des stärkeren ersten und zweiten Fingers anstatt der schwächeren Finger drei und vier. „Scordatura" war in der Lautenmusik des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts sehr verbreitet. Im heutigen Sprachgebrauch würde man es „open tuning" nennen, in manchen Bereichen der populären Musik ist es u. a. bei Gitarren in Gebrauch, in der klassischen Musik und im neueren Gebrauch von Streichinstrumenten hat sich diese Technik allerdings nicht durchgesetzt" (Zitat aus einer Semesterarbeit von Martin C. Kratky: „Versuch einer Eingliederung Bibers in die kulturelle Tradition der Sudetenländer").

Zu Bibers Hauptwerken gehören die „Rosenkranz-Sonaten", drei Opern, die großen Messen, Battaglien (laut Philip Pickett die geistreichsten Kompositionen des Barocks), Balletti und Serenaden.

Noch immer entdecken Musiker und Musikwissenschaftler in den Archiven (beispielsweise in Kremsier und im Stift Kremsmünster) bisher unveröffentlichte Kompositionen Bibers.

Von den elf aus der ersten Ehe mit der Salzburgerin Maria Weiß entstammenden Kindern überlebten nur wenige die ersten Lebensmonate. Vom Sohn Karl Heinrich Biber ist bekannt, daß er dem Vater als Musiker in Salzburg nachfolgte. Unter ihm als Kapellmeister wurde Leopold Mozart 1744 dort Konzertmeister.

Als Heinrich Ignaz Franz Biber 1704 hochangesehen in Salzburg starb, fand er seine letzte Ruhestätte am Friedhof von St. Peter.

Dreihundert Jahre sind seither vergangen. Lange Zeit geriet die Musik dieser Zeit und mit ihr auch Biber in Vergessenheit. Erst mit der Renaissance der „Alten Musik" im Laufe der letzten Jahrzehnte fanden sich immer mehr Ensembles, die sich mit ihr befaßten, sich sogar darauf spezialisierten.

Inzwischen werden die technisch meist sehr anspruchsvollen Werke Bibers regelmäßig in Konzertsälen und Kirchen gespielt. Häufig erklingen seine Kompositionen auch im Rundfunk – u. a. stammt die Kennmelodie der Dienstagabend-Sendung „Alte Musik – neu interpretiert" auf Ö1 aus seiner Feder und der Fachhandel bietet für Interessierte eine Reihe erstklassiger Tonträger mit Bibers Werken an.

Heidrun Kratky-Kraus

Heringschmaus im „Haus der Heimat"

Am Aschermittwoch, dem 25. Februar, findet ab 19.30 Uhr, im „Haus der Heimat", in Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG., der traditionelle Heringschmaus statt, der von der Sudetendeutschen Jugend Wiens ausgerichtet wird.

Dazu laden wir alle Freunde und Kameraden sowie auch alle interessierten Landsleute recht herzlich ein. Um alles gut vorbereiten zu können (vor allem hinsichtlich der benötigten Menge), wird um eine Voranmeldung bis spätestens 18. Februar bei der Sudetendeutschen Jugend, Tel./Fax: (01) 718 59 13 (mit genauer Personenanzahl) gebeten.

Es werden u. a. ein köstlicher Heringsalat, Schinkenrollen, Getränke usw. vorbereitet und zu günstigen Preisen angeboten.

Wir freuen uns schon auf Euer bzw. Ihr Kommen!

Volleyballturnier in Biedermannsdorf

Am Samstag, 13. März 2003, findet in der Jubiläumshalle in Biedermannsdorf bei Wien ein Volleyballturnier statt. Beginn ist um 14 Uhr, Ende gegen 16 Uhr. (Eintreffen in Biedermannsdorf bis 13.45 Uhr.) Das Spielen ist nur mit Turnschuhen gestattet. Duschen sind vorhanden.

Zwecks Deckung der Hallenmiete wird von allen aktiven Teilnehmern ein Beitrag eingehoben. Herzlich willkommen sind auch Zuseher jedweden Alters, die die Spieler anfeuern (diese werden ebenfalls ersucht, Hausschuhe zum Betreten der Halle mitzunehmen). Interessierte, die gerne mitspielen wollen, mögen sich bitte so bald als möglich bei uns melden: Sudetendeutsche Jugend, Tel. und Fax: (01) 718 59 13. Bitte Alter und telefonische Erreichbarkeit angeben – wir rufen gerne zurück!

WIEN

Thaya

Kurzbericht über die Veranstaltungen der letzten drei Monate der Lm. Thaya. – Am 20. November fand im „Haus der Heimat" die Generalversammlung statt, bei der der gesamte Vorstand neu gewählt wurde. Obmann KR. Dkfm. Hans Ludwig brachte einen Bericht über die letzten zwei Jahre und Frau Glanzl (Kassierin) berichtete über das finanzielle Geschehen der letzten zwei Jahre. Nach dem Bericht der Rechnungsprüfer, der ein positiver Bericht war, trat der Vorstand zurück. – Die Neuwahl ergab das folgende Ergebnis: Obmann: KR. Dkfm. Johann Ludwig, Stellv.: Franz Nuss und Frau Felsinger, Schriftleiter: Frau Dr. H. Halva und Stellv.: SR. W. Hanreich, Kassier: Frau Kerschbaum und Stellv.: Frau A. Glanzl. – Am Samstag, dem 13. Dezember, fand in der Votivkirche die Gedenkmesse für das IR 99, das Znaimer Hausregiment, um 16.30 Uhr, statt. Pater Peer, ein Südmährer-Priester, hob in seiner Predigt die großen Verdienste dieses Regimentes hervor, angefangen von seiner Aufstellung 1884 in Znaim, seine hervorragende Ausbildung und Disziplin. War doch schon um die Jahrhundertwende dieses Regiment so bekannt, daß vom Kaiser von Znaim nach Wien ein Bataillon abkommandiert wurde, zur Bewachung der Burg und Laxenburg. Im Ersten Weltkrieg kämpfte es heldenhaft an der russischen Front und ab 1917 am Isonzo in Italien. Eines der Regimenter der kaiserlichen Armee hatte die höchsten Auszeichnungen, mußte aber auch den höchsten Blutzoll leisten. Anschließend an die heilige Messe wurde an der Gedenkstätte des IR in der Votivkirche ein Kranz niedergelegt und der Organist setzte mit dem Lied vom „guten Kameraden" ein. – Am Donnerstag, dem 18. Dezember, fand die traditionelle Adventfeier (Vorweihnachtsfeier) im „Haus der Heimat" statt. Es waren wieder sehr viele Thayamitglieder und Freunde zu der schönen Vorweihnachtsfeier gekommen. Der Obmann begrüßte die Anwe-

senden herzlich, erinnerte kurz an die Weihnachten 1945 und ging auf den Advent ein, der eine stille, eine ruhige Zeit sein sollte, eine Zeit der Einkehr. Landsmann Grasl übernahm wieder die musikalische Umrahmung dieser Feier, Gedichte sprachen Frau Felsinger, Frau Kerschbaum, Herr Nuss und die besinnlichen Worte zur Weihnachtszeit sprach wieder gekonnt HR. Dr. Gottlieb Ladner. Weihnachtslieder wurden gesungen und zum Abschluß das Lied „O du fröhliche". Der Obmann wünschte allen Anwesenden gesegnete Weihnacht und für das neue Jahr 2004 Gesundheit und Wohlergehen. – Am Samstag, dem 14. Februar, findet der 2. Ball der Heimat im Arcotel Wimberger, in 1070 Wien, Neubaugürtel 34–36 statt. Einlaß um 18 Uhr, Beginn ist um 19 Uhr. Diesen Ball veranstalten die Sudetendeutsche Landsmannschaft, die Donauschwaben, die Siebenbürger Sachsen und die Landsmannschaft Thaya. Zum Tanz spielt wieder die ungarndeutsche Kapelle unter Laci Beck. Ballkarten sind in der Geschäftsstelle der Lm. Thaya, Dienstag und Donnerstag von 9 bis 11 Uhr, erhältlich oder an der Abendkasse beim Wimberger am 14. Februar ab 17.30 Uhr. – Vorschau: Die Monatsversammlungen im „Haus der Heimat" finden jeden 3. Donnerstag im Monat statt und zwar um 15 Uhr. – Am Samstag, dem 6. März, um 16 Uhr: März-Gefallenengedenken im Kongreßhaus. – Sonntag, 14. März: Klemens-Maria-Hofbauer-Gedenkmesse in 1010 Wien, Kirche Maria am Gestade, um9.30 Uhr H. L.

Bund der Nordböhmen und Riesengebirge in Wien

Unsere Zusammenkunft am 10. Jänner stand unter dem Motto „Gemütliches Beisammensein". Zu Beginn erfolgte die Begrüßung aller Anwesenden durch unseren Obmann Dieter Kutschera. – Wichtige Termine: 24. 1., um 15.00 Uhr: Kinderfasching im „Haus der Heimat", in 1030 Wien. – 14. 2., 15.00 Uhr: Fasching mit Heringschmaus (Devise wird noch bekanntgegeben) im Gasthaus Ebner. – 13. 3., 15.00 Uhr: Dia-Vortrag von Prof. Kirchberger „Eine Reise durch Schottland", im Gasthaus Ebner. – 17. 4., 15.00 Uhr: Hauptversammlung (Wahlvorschläge bitte einbringen) im Gasthaus Ebner. – 8. 5., 15.00 Uhr: Muttertagsfeier (sowohl Müttern, als auch Vätern wird Kaffee und Kuchen gereicht, im Gasthaus Ebner). – 12. 6., um 15.00 Uhr: Nachlese Sudetendeutscher Tag in Nürnberg, im Gasthaus Ebner. – 5. bis 12. 6.: Ausflug nach Neugablonz bei Enns, Termin wird noch fixiert. – Kultur hat in unserer Runde einen hohen Stellenwert. Susanne Swoboda brachte einen innovativen Vorschlag ein, zu Beginn eines jeden Heimatabends vom Dichter vom Egerland einen passenden Spruch zum Monat zu bringen. Sie machte gleich den Anfang mit einem Spruch von Peter Rosegger. Zuletzt sangen wir das Niederlandlied. Ing. Friedrich Schebor

Mährisch-Trübauer in Wien

Da unser Obmann OProk. Franz Grolig am 15. Jänner erkrankt war, gestaltete sein Stellvertreter Prof. Franz Negrin unseren ersten Heimatabend des Jahres. Nach der Begrüßung eröffnete er unser Beisammensein mit dem Gedicht „Neujahrswunsch" und bestellte Grüße von unserem Obmann und seiner Gattin Dr. Christa Grolig, dem Ehepaar OSR Robert und Ida Schmid sowie unserer Liese Homma, der es nach dem Spitalsaufenthalt in einem Rekonvaleszentenheim wieder besser geht. Wir wünschen allen Erkrankten baldige Genesung! Anschließend ergingen alle guten Wünsche an folgende Geburtstagsjubilare: Gertrud Jesserer, geb. Hertl (3. 1. 1923), Maria Starkbaum, geb. Petsch – sie feierte am 3. 1. ihren 93. Geburtstag und aus diesem Anlaß hatte die Schriftführerin angerufen, um ihr unsere besten Glück- und Segenswünsche zu übermitteln. Darüber hatte sich Frau Starkbaum sehr gefreut und betont, daß die „Schönhengster Heimat" ihre wichtigste Verbindung mit daheim wäre und sie sich jeden Monat darauf freue. Nach einem lieben und ausführlichen Gespräch bestellte sie Grüße an alle Landsleute, ganz besonders aber an die Kornitzer, von denen sie nur leider nicht viel in der Zeitung erfahren kann. – Weitere Glückwünsche wurden bestellt an Frau Martha Grolig (5. 1. 1931), OSR Dir. Robert Schmid (8. 1. 1918), Frau Helma Necker, geb. Schmidt, aus dem Schloß (14. 1. 1920), OProk. Franz Grolig (16. 1. 1928), seine Gattin Dr. Christa Grolig (16. 1. 1936), Prof. Franz Negrin (22. 1. 1923) und Frau Dir. Edeltraud Frank-Haschke aus Altstadt (24. 1. 1936). – Am 15. 1. d. J., also am selben Tag, fand die Eröffnung des Messezetrums im Prater statt, dessen Neugestaltung von unserem Stararchitekten Prof. Gustav Peichl stammt. Wir beglückwünschen unseren Gustl zu dem großen Erfolg und wünschen ihm weiterhin alles Gute! Dann folgten weitere interne Vereins- und Familiennachrichten: „Unser Kassier-Stellvertreter Rainer Schmid wurde am 8. 1. 2004 zum achten Mal Großvater. Zur Geburt des Sohnes kam die Tochter Sabine Holmes, die in Kalifornien lebt, nach Wien. – Dipl.-Ing. Martin Schmid und seiner Frau Petra – er ist der Sohn des Lm. Ing. Udo Schmid aus Altstadt, jetzt wohnhaft in Weitra, NÖ. – wurde nach langer Durststrecke am 11. 12. 2003 in Linz der Sohn Maximilian geboren. – Leider gab es auch Trauriges zu berichten: Am 26. 12. 2003 verstarb in Grafing bei München kurz nach seinem 95. Geburtstag Ing. Viktor Stenzl. Er war der Sohn des Schloßmüllers in Mährisch-Trübau und Inhaber der Rostizer Mühle. – Wie wir erfahren konnten, verstarb in der ersten Jänner-Woche d. J. unser Mitschüler Dr. Otto Czepa, Meteorologe im östlichen Teil Berlins. Er war der Sohn des bekannten Trübauer Tierarztes Dr. Czepa aus dem Schlachthaus. – Abschließend sprach Prof. Franz Negrin über die am 9. Jänner 2004 im „Haus der Heimat" stattgefundene Filmvorführung „700 Jahre Schönhengstgau – Schicksal in der Mitte Europas". Unser Obmann des Heimatbundes, Lm. Gerhard Müller, und die zwei Filmemacherinnen waren angereist, um über das technisch sehr gute Werk und den historischen Ablauf seit der Urbarmachung in wahrheitsgetreuer Dokumentation zu diskutieren. Trotz des widrigen Wetters gab es einen zufriedenstellenden Besuch und alle waren sehr interessiert. Details müssen allerdings noch genauer analysiert werden; so zum Beispiel entstand das Gefühl, daß zu sehr die Darstellung des Zeitablaufes nach 1918 im Sinne der „Gutmenschen" gestaltet wurde. Die großartigen kulturellen Leistungen, die Industrie, das Handwerk und das bodenständige Bauerntum mit den stattlichen Vierkanthöfen aus der deutschen Besiedlungszeit kamen nicht zur Geltung und die politische Schönfärbung der CSR war zu augenscheinlich. In keiner Weise wurde das große Unrecht der Vertreibung erwähnt. Der Versöhnungsgedanke spielt bei der Gestaltung eine große Rolle, denn es besteht die Absicht, den Film auch in tschechischer Sprache zu formulieren. Die Produzenten hatten keine leichte Aufgabe übernommen und seien für ihre Mühen bedankt. – Die Gestaltung des gemeinsamen Nachmittags beendete unsere Ilse Negrin mit der Lesung „Der Glücksucher" und unser Obmann-Stellvertreter sprach ein Gedicht über „Das vergangene Jahr"!

Gertrud Irlweck

Erzgebirge – Egerland

Veranstaltungsvorschau – Heimatnachmittage: Freitag, 13. Februar, 15 Uhr, im „Haus der Heimat", Steingasse 25, Wien 3; **Ball der Heimat:** Samstag, 14. Februar, 18 Uhr, Hotel Wimberger, Neubaugürtel 34, Wien 7; **Märzgedenken:** Samstag, 6. März, 15 Uhr, Kongreßhaus, Margaretengürtel 138. Wir bitten um Besuch dieser Veranstaltungen!

Mähr. Ostrau – Oderberg, Friedek und Umgebung

Die Heimattreffen finden jeweils am 1. Donnerstag im Monat, mit Beginn um 16 Uhr, statt – außer im Jänner am 2. Donnerstag, da der erste Donnerstag mit Neujahr zusammenfiel. Donnerstag, 8. Jänner: Gedanken über das vergangene neue Jahr; – Donnerstag, 5. Februar: Fasching mit Tombola; Donnerstag, 4. März: Wir gedenken unserer Toten; – Donnerstag, 1. April: Dia-Vortrag; – Donnerstag, 6. Mai: Ehrung der Mütter; – Donnerstag, 3. Juni: Bei Schönwetter am Piaristenplatz, bei Schlechtwetter Café M. Treu; – Juli und August sind Ferien – Donnerstag, 2. September: Erinnerung an die Heimat; – Donnerstag, 7. Oktober: Dia-Vortrag; – Donnerstag, 4. November: Hauptversammlung; – Donnerstag, 2. Dezember: Adventfeier im „Haus der Heimat". – Unser Vereinslokal bleibt der Café Salon, Josefstädterstraße 30, 1080 Wien. Der Mitgliedsbeitrag beträgt € 18,20. Ich bitte um Überweisung, damit Mahnkosten erspart bleiben. Ich danke allen Mitarbeitern und Mitgliedern für Hilfe und Treue. Ihre Johanna von Etthofen

Für die mitfühlende Anteilnahme an dem schweren Verlust, der uns so schmerzlich betroffen hat, sagen wir unseren aufrichtigen Dank. *Familie Etthofen*

Nordmähren

Nach dem Stress der Feiertage verbrachten wir im Jänner einen gemütlichen Heimatnachmittag im „Haus der Heimat". Mit Kaffee und Kuchen, Baguettes und Wein stärkten wir uns für das nächste Treffen (Faschingsfeier mit Tombola). Kommen Sie recht zahlreich und bringen Sie bitte einige Tombolapreise mit. Wir sehen uns wieder am Montag, dem 23. Februar, im „Haus der Heimat", 1030 Wien, Steingasse Nr. 25, um 15 Uhr. E. L.

NIEDERÖSTERREICH

St. Pölten

Der nächste Heimatnachmittag ist am Freitag, dem 20. Februar und steht unter dem Motto: „Fasching mit lustigen Lesungen." Jedermann ist eingeladen, einen lustigen Beitrag aus seiner Heimat zu bringen. – Zur Information: In der Trafik Koch in St. Pölten, Wiener Straße 20, Herrenhof, ist seit Jahresbeginn die „Sudetenpost" zu erhalten. Christa Spinka

OBERÖSTERREICH

Verband der Böhmerwäldler in Oberösterreich

1. Jänner 2004 – 17 Uhr: Bereits eine Stunde vor Beginn des Faschingskränzchens im neuen Vereinslokal Volksheim Langholzfeld (Zum Baron) begann sich der große Veranstaltungssaal zu füllen. Eine schöne Lokalität, für die sich die Verbandsleitung entschieden hat, festlich geschmückte Tische, überall faschingsmäßige Dekoration. Da machte das Wiedersehen mit Landsleuten und Freunden des Böhmerwaldes echte Freude. Sogar aus Schweden war das Ehepaar Hopfinger angereist, um einige schöne, gesellige Stunden zu verbringen. Obmann Kons. Wiltschko begrüßte alle Anwesenden, so auch die Ehrengäste: LAbg. Helga Moser, GR. KR. Heinz Hoffmann, GR. Robert Hauer, GR. Brigitte Zettl aus Pasching, SLÖ-BO-Stv. Othmar Schaner mit Gattin, LO-Stv. Karl Wiltschko. Besonders erfreulich auch die Tatsache, daß diesmal auch die jüngeren Semester vertreten waren. Musikalisch gestaltet wurde die Veranstaltung, wie schon des öfteren, von Herrn Valentin Kirchner. Seinem unermüdlichen Einsatz war es zu verdanken, daß der Großteil der Besucher eifrig das Tanzbein schwang. Gute, auf das Publikum abgestimmte Musik, wirkt eben oft Wunder. Showeinlagen und ein Ratespiel gab es natürlich auch. Frau Inge Bayer ließ ein Gurkenglas, gefüllt mit Büroklammen, die Runde machen. Wer wird die genaue Zahl erraten? Natürlich schaffte es keiner, doch zwei Besucher kamen dem Inhalt von 384 Stück sehr nahe. Unser langjähriger Aktiver im Verband, OSR Josef Quaas, mußte sich den Preis mit Frau Anni Ecker teilen. Nachdem es sich hierbei um eine Torte handelte, gespendet von unserem Landsmann und Konditor Goldmann, war dies kein Problem, Gebackenes kann man ja einfach halbieren. Zur „Halbzeit" waren dann zwei Künstler gefordert, Zauberei und Jonglieren ist angesagt. Zwei junge Männer, Söhne unseres Landsmannes Oser, zeigten, was mit Fleiß, Geschick und Ausdauer alles erreicht werden kann. Seiltrick, Leiter-Nummer und einiges mehr begeisterten, der Applaus war rege. Auch die Spannung kam nicht zu kurz. Wie so oft im Leben, wird für die „gefährlichen" Aktionen jemand aus dem Publikum ausgewählt. Ausgerechnet der Jüngste von allen mußte herhalten, der Enkel unseres Kons. Franz Böhm. Die Szene erinnerte mich an einen Wildwest-Film. Zigarette im Mund, der Scharfschütze schießt das brennende Ende ab. In unserem Fall war die Zigarette ein langes Soletti, anstelle des Revolvers verwendeten die Jongleure spezielle Keulen, die dem Kleinen um die Ohren pfiffen. Dank der ruhigen Hand der Artisten und des zur Salzsäule „erstarrten" kleinen Mannes gelang die Vorführung bestens, das äußerste Ende des Stangerls brach programmgemäß ab. Mit dem gemeinsam gesungenen Böhmerwaldlied endete eine gut organisierte Veranstaltung – ein schöner Start in das Jahr 2004. – Gleich noch ein Hinweis: Am Samstag, dem 20 März, findet die Jahreshauptversammlung des Verbandes statt. Beginn um 14.30 Uhr im Volksheim Langholzfeld in der Adalbert-Stifter-Straße 31. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

(L. v. vorn): KR. Heinz Hofmann, LAbg. Helga Moser, Frau GR. Brigitte Zettl, (r. v. vorn): Kons. Josef Wiltschko, Familie Schaner.

Egerländer Gmoi z'Linz

Nach einer sehr harmonisch verlaufenen Weihnachtsfeier, als letzte Veranstaltung des Jahres 2003, brachte das neue Jahr der Egerländer Gmoi die obligate Jahreshauptversammlung. Es gab keine Veränderungen, denn die Mouhmen und Vettern meinten, daß man gerade in Zeiten der Vorbereitung für die Hundert-Jahr-Feier niemanden abwählen kann, der in die Arbeit eingebunden ist. Somit ist der neue Vorstand der ehemalige alte Vorstand. Die wirtschaftliche Führung der Gmoi war in Ordnung, die Entlastung wurde erteilt. Die Wahl ging rasch über die Bühne. Kons. Ingo Radhuber zeigte sich als gekonnter Wahlleiter, die anwesenden Gäste, teilweise von befreundeten Vereinen, waren zufrieden. Nach diesem offiziellen Teil der Jahreshauptversammlung verlief der Rest des Nachmittags harmonisch. Mouhm Erika Herlt lieferte sich in gewohnter Weise ein literarisches Duell mit Alfred Baumgartner. Jutta-Sybille Aglas-Baumgartner verlas Heiteres und Besinnliches aus der Gmoi-Chronik des Jahres 1924. Musikalisch wurde die Jahreshauptversammlung abgerundet durch das Ehepaar Deutsch, das flotte Harmonika-Einlagen zum Besten gab. – Am Samstag, dem 24. Jänner, traf sich der harte Kern der Eghalanda Gmoi, die Mouhmen Elisabeth Ludwig und Erika Herlt sowie das Ehepaar Baumgartner, im Festsaal des neuen Rathauses bei einem Tanzfest, das sehr gut besucht war. Dieser Besuch war aber doch auch mit einem kleinen Hintergedanken verbunden – den Saal gründlich zu inspizieren im Hinblick auf die Hundert-Jahr-Feier. Nochmals erfolgt hier der Hinweis: Kommt recht zahlreich und ganz verläßlich zur Hundert-Jahr-Feier am 28. März 2004 ins neue Rathaus. – Ganz wichtig: Die Antwortkarten zurücksenden! – Wir treffen uns das nächste Mal am 14. Februar (Valentinstag) noch einmal im Gasthaus Seimayr um 15 Uhr. Dies ist ein Faschingsnachmittag – kommt in Scharen und bringt gute Laune mit. jsab

Wels

Herzliche Glückwünsche allen Landsleuten, die im Februar Geburtstag haben: Frau Susanne Denk, geb. am 7. 2. 1922; Frau Lore Englader, geb. am 21. 2. 1925; Frau Hildegard Feichtinger, geb. am 1. 2. 1918; Herrn Johann Feichtinger, geb. am 6. 2. 1914; Frau Emma Follner, geb. am 1. 2. 1923; Frau Ingeborg Grünbacher, geb. am 21. 2. 1922; Frau Anna Hübner, geb. am 15. 2. 1920; Frau Dorothea Knesl, geb. am 3. 2. 1910; Frau Elisabeth Weigert, geb. am 28. 2. 1921; Herrn Franz Zierlinger, geb. am 1. 2. 1917. Gesundheit und alles Gute. – Liebe Landsleute, wir laden Sie herzlich ein, unsere Dienststelle im Herminenhof, Maria-Theresia-Str. 33, zu besuchen. Wir helfen Ihnen gerne, so es uns möglich ist. St. Sch.

STEIERMARK

Graz

Jännertreffen 2004. Bei unserer ersten Zusammenkunft im neuen Jahr wurden die der alten Heimat Verbundenen vom Stadtgruppenobmann Dr. Helge Schwab herzlich begrüßt. Lebhaft wurden die Gespräche untereinander geführt, manch frohes und trauriges Ereignis ausgetauscht. Die Erlebnisgeneration zeigte sich wie eine Familie, die Freude und Leid im Wandel der Geschichte ertragen hat. – Die Anwesenden freuten sich mit Hansi Wallner, deren Geburtstag entsprechend gewürdigt wurde (siehe dazu das Bild am Anfang des Berichtes). – Unser nächstes Treffen, ist dem Fasching gewidmet.

KÄRNTEN

Klagenfurt

Wir wünschen allen im März geborenen Landsleuten Gesundheit und Wohlergehen. Edith Blümel, geb. Michel, am 9. 3. in Bodenbach; Gerhard Eiselt am 18. 3. in Niedergrund, Kreis Warnsdorf; Rainer Eiselt am 14. 3. in Niedergrund, Kreis Warnsdorf; Wolfgang Eiselt am 2. 3. in Klagenfurt; Karl Heinz Endisch am 16. 3. in Feldkirchen; Dieter Förster am 27. 3. in Gablonz; Ing. Reinhard Gerlich am 21. 3. in Klagenfurt; Josef Gromes am 10. 3. in Geppertsau; Kurt Grundl am 25. 3. in Lichtenstadt / Karlsbad; Lothar Heinrich am 30. 3. in Warnsdorf; Maria Klecker, geb. Schmid, am 8. 3. in Glaselsdorf bei Zwittau; Ing. Kurt Mach am 31. 3. in Reichenberg; Gerda Murero, geb. Schubert, am 8. 3. in Wolfersdorf bei Böhm. Leipa; Sepp Prager am 17. 3. in Teplitz-Schönau, Maria Preisegger, geb. Hinterlang, am 13. 3. in Brünn; Karl Reinl am 30. 3. in Ligist, Stmk; Hedwig Schabus, geb. Weiser, am 5. 3. in Bad Groß Ullersdorf; Komm.-Rat Franz Trübswasser am 25. 3. in Iglau; Dkfm. Dr. Ernst Waldstein am 30. 3. in Hirschberg; Else Hinner, geb. Gold, am 15. 2. in Gurtendorf / Neutitschein, Heinz Schaar am 20. 2. in Klagenfurt. – Am 17. Jänner 2004 verstarb unser langjähriges Mitglied Herr Arch. DI Wolfgang Klemt. Wir verlieren mit ihm ein treues Mitglied.

DEUTSCHLAND

Nikolsburg – Geislingen

Allen Geburtstagskindern im März herzliche Glückwünsche, besonders unseren Jubilaren: 80 am 6. 3. Franziska Wissmüller (Rinder),

am 27. März Hildegard Hofbauer (Schmid), 75 am 28.März Thomas Lang, am 30. März Rosi Wyskitensky (Köhler), 65 am 28. 3. Hedwig Rock (Taus), 60 am 12. März Peter Linska. – Neuzugang: Wir begrüßen Josefine Peschke, geb. Kromer, vom Spitalplatz 12. Ihr Vater war der Josef Kromer und ihre Mutter Therese eine geb. Mussil aus Pohrlitz. Anschrift: A-4060 Leonding, Haidfeldstraße 23, Telefonnummer: 0043 / 732 / 68 14 03. Herzlich willkommen. – Franz Ginzel, der „Hofverwalter" von Niedersulz, hätte eigentlich für seinen unermüdlichen Arbeitseinsatz und für sein unübertroffenes Verkaufstalent (Bücher) ein riesiges diamantenes Ehrenzeichen verdient. Na, vielleicht gibt es ihm einmal der liebe Gott. K.N.

AUS DER ALTEN HEIMAT

Nordmähren – Adlergebirge

Rückblick 2003. – Unbeachtet der symbolischen Landesgrenzen von Böhmen, Mähren und Schlesien oder der neuen Bezirkseinteilung, tschechisch „Hejtmanství", liegt in der Mitte die Stadt Mährisch Schönberg mit ihrem größten BGZ in der Tschechischen Republik, von wo aus sieben VdD-Ortsgruppen zu betreuen sind, mit einer Reichweite von zirka 250 Quadratkilometern. Der VdD, 1990 gegründet, befindet sich in einem, wenn auch langsamen, aber doch ständigem Aufwind, nachweisbar durch zirka dreißig gemeinschaftsfördernde Veranstaltungen, wobei die Mitgliederteilnehmerzahl bei 90 Prozent liegt. Obwohl die Mitgliederschaft überwiegend aus der älteren Generation besteht, bleibt die Mitgliederzahl von zirka 600 von allem Anfang an konstant. Diese Tatsache ist auf die Anzahl der noch lebenden Deutschen in der Region zurückzuführen. Ausgehend von der letzten Volkszählung 2001, geht es dabei um zirka 3000 Personen, von denen immer wieder manche, wenn auch zaghaft, den Weg in den VdD finden. Eine Gruppe von 25 Kindern und Jugendlichen wurde dreimal zu Wochenend-Sprach- und Bildungsseminaren zusammengeführt und die verantwortlichen VdD-Mitarbeiter zweimal zu Bildungsseminaren mit Beteiligung von Parlamentsabgeordneten und Vertretern der Regierung. Einmal kamen alle sieben VdD-Ortsgruppen zusammen und präsentierten ihre heimatlich-kulturelle Tradition bei unserem großen Volkstümlichen Heimattag – und eben dieser Heimattag – der Reihenfolge nach der elfte seit Bestehen des VdD – verzeichnet einen überraschenden Aufstieg. Alle diese Aktivitäten und auch noch andere in diesen Bericht nicht erwähnte, wie zum Beispiel gemeinsame Veranstaltungen mit unseren vertriebenen Landsleuten, Bildungsfahrten, geistliche Begegnungen usw., sind mit finanziellen Mitteln verbunden, die allein von den Mitgliedern nicht aufgebracht werden könnten, und unser Dank gehört der Deutschen Botschaft in der Tschechischen Republik, dem tschechischen Kulturministerium, unserer Partnerstadt Bad Hersfeld und unseren treuen Partnern der SL-Heimatlandschaften Altvaterland, vertreten durch Lm. Roland Schnürch, Lmn. Rosemarie Kretschmer und Lm. Dr. Karl Röttel, Adlergebirge, vertreten durch Lm. Dr. Herbert Rücker und Ehegatten Iris und Horst Schindler. Unser Dank gehört auch einer Anzahl von vertriebenen Heimatfreunden, die zu uns stehen und natürlich auch allen VdD-Mitarbeitern für ihren Einsatz. Aber auch das große und ansehnliche Gebäude des BGZ verzeichnet zunehmende Aktivitäten, die bisher wegen ungeeigneter Bausubstanz für größere Veranstaltungen ungeeignet waren, verursacht durch Vorschriften des Amtes für Denkmalschutz. Wenn auch die Besucherzahl von vertriebenen Landsleuten entgegen früheren Jahren eher abnehmend erscheint, ist eine Interessenzunahme einheimischer Besucher zu verzeichnen, besonders Jugendlicher, Schulkinder und Studenten. Aber auch zwei internationale Bildungsseminare mit Jugendlichen aus fünf Staaten Europas erfüllten das BGZ mit Leben und bestätigten die offizielle Bezeichnung des BGZ als „Europäisches Begegnungshaus" mit seinem symbolischen Sitz der M. Schönberger Partnerstädte in der BRD, Polen, Holland, Österreich und der Slowakei. Der Magistrat unserer deutscher Partnerstadt Bad Hersfeld hat sogar im BGZ eine eigene „Außenstelle" eingerichtet, die unter der Verwaltung des BGZ-Geschäftsführers steht. Die umfangreiche BGZ-Bibliothek mit über 4000 Bänden wird u. a. zunehmend von Schülern und Studenten besucht, besonders auf der Suche nach historischer und heimatbezogener Literatur, wobei auch die ständige Heimatkundliche Ausstellung im Vorsaal des BGZ aufklärend über die deutsche kulturelle Geschichte in unserer Region hinweist. Überragend war die Besucherzahl von über tausend Personen in unserem BGZ zum Europäischen Denkmaltag, und Eintragungen im Gästebuch bestätigten positiv unser Bemühen, gut vorbereitet neue Aufgaben nach dem Beitritt der Tschechischen Republik in die EU zu übernehmen. Walter Sitte

SPENDENKONTO

Bankverbindungen: Österreich: Sparkasse Linz, Kto.-Nr. 28135, BLZ 20320

Deutschland: VR-Bank Passau Freyung eG Kto.-Nr. 89869, BLZ 740 900 00.

Vermerk: „SPENDE"

Spenden für die „Sudetenpost"

3,– Karl Binder, Enns
4,– Walter Wagner, Ottensheim
5,– Andreas Loquai, D-Pöttmes
7,– SL-Enns-Neugablonz

Die „Sudetenpost" dankt den Spendern sehr herzlich.

Sudetenpost

Eigentümer und Verleger:

Sudetendeutscher Presseverein, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Ruf u. Fax: 0732 / 700592, **Obmann: Karl Koplinger, Geschäftsführer: Ing. Peter Ludwig.** Alle in 4040 Linz, Kreuzstraße 7. **Druck:** LANDESVERLAG Druckservice, 4600 Wels, Boschstraße 29. Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. Jahresbezugspreis: Inland € 31,00, inkl. 10 Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Europa: € 37,50, Übersee: € 54,00; Einzelpreis: € 1,38, Postsparkassenkonto 7734.939, Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Konto-Nr. 0000-028.135. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank, Passau, Konto-Nr. 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz.

OFFENLEGUNG NACH § 25 MEDIENGESETZ:

Medieninhaber:

Sudetendeutscher Presseverein mit Sitz in Linz. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf das Bundesgebiet Österreichs.

Grundlegende Richtung:

Der Verein bezweckt die Herausgabe und den Vertrieb von Presseerzeugnissen, vor allem unter den Heimatvertriebenen in Österreich, insbesondere die Herausgabe der Zeitung „SUDETENPOST", als Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich. Die Tätigkeit des Sudetendeutschen Pressevereins ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung.

Redaktionsschluß

Redaktionsschluß ist jeweils am Donnerstag, acht Tage vor dem Erscheinungstermin. Bis dahin müssen die Beiträge bei der Redaktion eingelaufen sein. Später eingelangte Berichte können nicht mehr berücksichtigt werden.

Folge 4	26. Februar	Red.-Schluß	19. Februar
Folge 5	11. März	Red.-Schluß	4. März
Folge 6	25. März	Red.-Schluß	18. März
Folge 7	8. April	Red.-Schluß	1. April
Folge 8	22. April	Red.-Schluß	15. April
Folge 9	6. Mai	Red.-Schluß	29. April
Folge 10	27. Mai	Red.-Schluß	19. Mai
Folge 11	9. Juni	Red.-Schluß	3. Juni
Folge 12	24. Juni	Red.-Schluß	17. Juni
Folge 13/14	8. Juli	Red.-Schluß	1. Juli
Folge 15/16	5. August	Red.-Schluß	29. Juli
Folge 17	2. September	Red.-Schluß	26. August
Folge 18	16. September	Red.-Schluß	9. September
Folge 19	7. Oktober	Red.-Schluß	30. September
Folge 20	21. Oktober	Red.-Schluß	14. Oktober
Folge 21	4. November	Red.-Schluß	28. Oktober
Folge 22	18. November	Red.-Schluß	11. November
Folge 23	2. Dezember	Red.-Schluß	25. November
Folge 24	16. Dezember	Red.-Schluß	9. Dezember

BESTELLSCHEIN FÜR DIE Sudetenpost

Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an:
„Sudetenpost", Kreuzstraße 7, 4040 Linz. Telefonische Bestellung: 0 73 2 / 70 05 92.

Ich abonniere die „SUDETENPOST" für mindestens ein Jahr!

Name:

Straße:

Plz: Ort: Telefon:

Die Zeitung erscheint zweimal monatlich. – **Jahresbezugspreis: Inland € 31,00,** inkl. 10 % Mehrwertsteuer, **Deutschland und übriges Europa: € 37,50. Übersee: € 54,00.** – Postsparkassenkonto Nr. 7734.939 Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Kontonummer 0000-028.135. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank Passau, Kontonummer 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz. – Telefon und Fax: 0 73 2 / 70 05 92.

03 – 2004

DIE JUGEND BERICHTET

Jugendredaktion 1030 Wien, Steingasse 25, Tel. / Fax 01 / 718 59 13
Internet: www.sdjoe.at E-Mails: office@sdjoe.at

Bundesverband

Nun sind die beiden Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl – ob es noch mehr werden, ist derzeit nicht bekannt – benannt worden und wir stehen vor der Wahl, die am 25. April stattfinden wird. Als Sudetendeutsche bzw. als Altösterreicher deutscher Muttersprache sind wir natürlich sehr daran interessiert, wer denn unsere Anliegen am besten vertreten wird? Dazu ist es aber notwendig, daß alle interessierten Landsleute und Freunde die Kandidaten bei Wahlveranstaltungen dahingehend ansprechen und deren Meinung hören. Werden irgendwelche Versprechungen gegeben, dann sollte man aber gleichzeitig anführen, daß man dann nach der Wahl den oder die Gewählte(n) daran erinnern werde, was versprochen wurde. Erst danach werde man sehen, was von solchen Versprechungen zu halten sein wird. Gehen wir daher ruhig zu Wahlveranstaltungen und bringen wir unser Anliegen im entsprechenden Rahmen vor – es wird sich dann zeigen, was von den Kandidaten zu halten sein wird! Wichtig ist aber, daß man dann in der „Sudetenpost" unter der „Tribüne der Meinungen" die Aussagen der Kandidaten einer breiten Öffentlichkeit kundtut. Denn nur so kann man sich eine unabhängige und parteipolitisch unbeeinflußte Meinung bilden. Denn das Bundespräsidentenamt sollte über allen Parteien zum Wohle aller Österreicher stehen – und da kann man schon etwas verlangen! – Am 21. und 22. Februar finden in Lackenhof am Ötscher in Niederösterreich die 37. Bundesschimeisterschaften der Sudetendeutschen Jugend und der Landsmannschaft für Teilnehmer aus ganz Österreich statt. Dazu laden wir jedermann recht herzlich ein. Siehe dazu auch den Aufruf im Blattinneren. – Hinweisen möchten wir auf das Sommerlager vom 10. bis 17. Juli in Kaindorf bei Hartberg in der Steiermark, für Kinder und junge Leute im Alter von zirka sieben bis 16 Jahre aus ganz Österreich.

Landesgruppe Wien

Zusammenkünfte sind jeweils am Mittwoch, im „Haus der Heimat", Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG, Beginn um 19 Uhr. – Am Mittwoch, dem 25. Februar (Aschermittwoch) gibt es den traditionellen Heringschmaus, zu dem wir Euch und Sie recht herzlich einladen möchten, Beginn ist um 19.30 Uhr. Es gibt entsprechende Speisen und Happen. Mehr darüber im Inneren dieser Zeitung. – Unser Kinderfaschingsfest wurde ein ganz guter Erfolg. Fast zwanzig Kinder samt Begleitpersonen waren gekommen. Wir hätten uns zwar weit mehr Teilnehmer erwartet, vor allem aus den Kreisen der Landsmannschaft, aber es waren viele Veranstaltungen an diesem Tag angesagt und man kann nicht bei allen gleichzeitig sein. – Bereits am Vormittag wurden fleißig die Vorbereitungen für den Nachmittag getroffen. Alle Teilnehmer, ob klein, ob groß, waren sehr begeistert und mit viel Schwung, mit Musik, vielen Spielen – natürlich unter sachkundiger Leitung – wurde dieses Kinderfaschingsfest abgehalten. Selbstverständlich wurde auch für das leibliche Wohl gesorgt und im Nu waren mehr als 50 Krapfen verspeist und Kakao oder Tee ausgetrunken. Die Begleitpersonen wurden mit Kaffee und anderen Getränken bestens versorgt. Schnell verging die Zeit und man konnte es nicht glauben, daß das Fest – es dauerte mehr als vier Stunden – wieder vorbei war. Ganz besonders möchten wir als herausragendes Beispiel die südmährische Familie Hanreich erwähnen, die mit allen Kindern, insgesamt neun Personen, bis kurz nach 19 Uhr dabei war. Eine Stunde später begann das Faschingskränzchen – Gschnas, welches seit Jahren gemeinsam mit der ÖAV-Sektion Reichenberg (viele ältere und jüngere Freunde sind Sektionsmitglieder) durchgefüdhrt wird. Es konnten über 50 Leute, zum Großteil lustig maskiert, begrüßt werden, die sich bestens unterhalten haben. Etliche Eltern und Großeltern, die beim Kinderfaschingsfest dabei waren, blieben auch beim Gschnas – so soll es auch sein! Musik für jedermann kam vom CD-Player: Vom Walzer bis zum Disco-Sound, und überaus fleißig wurde das Tanzbein geschwungen. Dazu sorgten für das leibliche Wohl Martina, Toni, Ina usw. mit einer herrlichen Gulaschsuppe und einer hervorragenden Kürbiscremsuppe, sowie weiters mit Würsteln, Toasts, Kaffee und allen Getränken. Von dieser Stelle aus allen, die bei den Vorbereitungen mitgeholfen haben und hinter der Theke standen, ein großes herzliches Dankeschön! – Erst sehr spät, oder soll man sagen früh?, verließen die letzten Besucher das „Haus der Heimat", und schon jetzt freut man sich auf das kommende Jahr, wozu wir jetzt schon jedermann recht herzlich einladen, darunter auch die tanzfreudigen älteren Landsleute. – Für die vielen und aufwendigen Vorbereitungen bei der Durchführung des Kinderfestes und des Gschnas, egal wo und an welcher Stelle, gilt es allen recht herzlich zu danken – Ihr wart wirklich Spitze! – Am kommenden Samstag, dem 14. Februar, findet im Hotel Wimberger, Wien 7, Neubaugürtel 34, der 2. Ball der Heimat aller Landsmannschaften statt. Wir rufen jedermann, gleich welchen Alters, egal ob sudetendeutscher Herkunft oder nicht, nochmals recht herzlich zur Teilnahme auf. Beginn ist um 18 Uhr, Einlaß ab 17 Uhr, Begrüßung und Einzug der Trachtengruppen um 19 Uhr. Vorverkaufskarten erhält man noch bis Freitag, dem 13. Februar, bei der SLÖ, Steingasse 25, 1030 Wien, von 8 bis 13 Uhr, Tel./Fax: (01) 718 59 19, zum Preis von € 20,–, an der Abendkasse um € 22,–. Jugendliche, Studenten mit Ausweis, Militär € 15,–. – Am Wochenende 21./22. Februar, treffen wir einander in Lackenhof am Ötscher bei den Schimeisterschaften. – 5. März: Blutspendeaktion beim Roten Kreuz, Wien 4, Wiedner Hauptstraße 32. – 6. März: Gedenkstunde für die Opfer des 4. März 1919 und der Vertreibung, im Kongreßhaus Wien 5, Margaretengürtel 138, Beginn um 15 Uhr. – Samstag, 13. März: Volleyballturnier in Biedermannsdorf, Beginn um 14 Uhr.

Landesgruppe Niederösterreich

Über das Faschingskränzchen / Gschnas und das Kinderfaschingsfest im „Haus der Heimat", in Wien 3, findet Ihr Berichte unter „Wien". Aus der Umgebung Wiens waren etliche Teilnehmer bei diesen Festen dabei und haben sich bestens unterhalten. Wir gratulieren den Veranstaltern recht herzlich zu diesem Erfolg. – Kommenden Samstag, 14. Februar, findet der 2. Ball der Heimat im Hotel Wimberger, Wien 7, Neubaugürtel 34, statt, dazu seid Ihr alle, ob jung oder alt, samt Euren Freunden recht herzlich eingeladen. Näheres siehe unter „Wien", bzw. im Blattinneren. – Am 21. und 22. Februar finden in Lackenhof die Bundesschimeisterschaften statt – Du bist doch auch dabei und hast Dich schon angemeldet? – Freitag, 5. März: Blutspendeaktion beim Roten Kreuz in Wien 4, Wiedner Hauptstraße 32. – Samstag, 6. März: Große Gedenkstunde im Kongreßhaus in Wien 5, Margaretengürtel 138, Beginn um 15 Uhr. – Am Samstag, 13. März, steigt unser Volleyball-Turnier in der Jubiläumshalle in Biedermannsdorf. Beginn ist um 14 Uhr.

Landesgruppe Oberösterreich

Jetzt stehen am 21. und 22. Februar die Schimeisterschaften der SdJÖ und der SLÖ in Lackenhof am Ötscher in Niederösterreich vor der Tür, wobei wir aus Oberösterreich mit einer starken Mannschaft vertreten sein wollen. Zwecks allfälliger Gemeinschaftsfahrten setzt Euch mit Rainer Ruprecht, Johann-Strauß-Straße 9, 4600 Wels, ins Einvernehmen. – Denkt auch an eine Teilnahme am Sommerlager – vom 10. bis 17. Juli in der Steiermark – für Kinder und junge Leute aus ganz Österreich im Alter von zirka sieben bis 16 Jahre (auch die Freunde der Kinder können mitmachen). Um baldige Anmeldung wird gebeten.

Arbeitskreis Südmähren

Mit der Trachtengruppe und den Fahnen sind wir am kommenden Samstag, dem 14. Februar, beim 2. Ball der Heimat aller heimatvertriebenen Landsmannschaften im Hotel Wimberger, Wien 7, Neubaugürtel 34, dabei – Du doch sicher auf? Beginn ist um 18 Uhr (Einlaß ab 17 Uhr), Trachteneinzug und Begrüßung um 19 Uhr. Nehmt noch Eure Freunde und Bekannten mit, es ist bestimmt ein großes Ereignis für jedermann. – Am 21. und 22. Februar finden die Schimeisterschaften statt. – Bitte vormerken: Dienstag, 2. März: „Federnschleiß'n mit Federhoh'n" im „Haus der Heimat", in Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG, Beginn um 19.30 Uhr. – 5. März: Blutspendeaktion zum Gedenken an die Opfer des 4. März 1919, in der Blutspendezentrale des Roten Kreuzes, Wien 4, Wiedner Hauptstraße 32 (mit Parkmöglichkeit). – 6. März: Große Gedenkstunde für die Märzgefallenen und für die Opfer der Vertreibung, im Kongreßhaus Wien 5., Margaretengürtel 138. Wir sind beim Fahneneinzug dabei. Beginn um 15 Uhr. Aufstellung des Einzugs um 14.45 Uhr.

GUTES BENEHMEN IST WIEDER GEFRAGT

Mit netten Worten kann man meist mehr erreichen als mit starken!

1. Ob das stimmt? – ***Das sollte man vielleicht noch kurz überprüfen.***

2. Ich sehe das anders. – ***Meine Meinung weicht davon etwas ab.***

3. Er hat nichts. – ***Vorläufig ist er nicht in der Lage ...***

4. Er hat sich angestrengt. – ***Seine Bemühungen sollten anerkannt werden.***

5. Da fehlt noch was. – ***Dürfte ich noch auf einen Punkt hinweisen.***

Tschechische Raub-Winkelzüge

Der Historiker und Diplomat PhDr. Jiří Šitler, in Deutschland bekannt geworden als Leiter der tschechischen Verhandlungsdelegation beim deutschen Unterhändler Graf Lambsdorff im Jahr 2000 über Entschädigungszahlungen an ehemalige tschechische KZ-Häftlinge und Zwangseingesetzte in Deutschland, hat in einem Artikel in der Tageszeitung „Lidové noviny" vom 3. 1. 2004, betitelt: Že by mi vrátili tu

Von Josef Weikert

mou almaru? (Ob sie mir meinen alten Schrank zurückgeben würden?), die tschechische Auffassung zur Entschädigungsthematik erläutert. An den Anfang seiner Betrachtungen stellte er zwei Beispiele, um eine Parallele zur Frage einer Entschädigung der Sudetendeutschen aufzuzeigen.

Im ersten Fall wurde ein im Jahr 1904 nach den USA ausgewanderter Deutscher nach dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg ebenso wie andere in den USA lebende Deutsche als „gefährliche feindliche Ausländer" in ein Internierungslager gesperrt, sein Eigentum wurde beschlagnahmt. Im Jahr 1946 sollte er nach Deutschland abgeschoben werden. Es gelang ihm jedoch nachzuweisen, daß er sich gegenüber den USA niemals illoyal verhalten hatte. So konnte er im Lande bleiben und erhielt im Jahr 1949 die amerikanische Staatsbürgerschaft. Nun versuchte er die Herausgabe seines konfiszierten Eigentums einzuklagen. Ein amerikanisches Gericht wies im Jahr 1950 seine Klage unter Berufung auf ein Gesetz des Kongresses vom 3. 7. 1948 ab, das gerichtliche Überprüfungen der Konfiszierungen von Feindvermögen ausschloß.

Im zweiten Fall klagte ein aus der CSR nach Bayern Vertriebener auf Herausgabe seines Mobiliars, das ein im Jahr 1946 nach Bayern ausgesiedelter deutscher Antifaschist hierher mitgebracht hatte. (Er war in die konfiszierte Wohnung des Ersteren in der CSR eingewiesen worden und konnte das hier vorhandene Mobiliar nach Bayern mitnehmen.) Ein deutsches Gericht wies die Klage im Jahr 1951 nach Lage der alliierten Gesetzgebung, u. a. dem Kontrollratsgesetz Nr. 63, ab, demzufolge die deutsche Seite nichts revidieren darf.

Nach Darlegung des Verfassers des genannten Zeitungsbeitrags erfolgte die Konfiszierung sudetendeutschen Eigentums nicht auf Grund eventueller Schuld oder Unschuld der Betroffenen, sondern nach Kriegsrecht, das einem feindlichen Staat und seinen Bürgern Sanktionen auferlegen kann als Ersatz für erlittene Schäden. Interessant in diesem Zusammenhang ist das Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 108/1945 Slg über die Konfiskation feindlichen Vermögens, nach dem außer entschädigungsloser Konfiszierung von Eigentum des Deutschen Reiches ebenso physische Personen deutscher und ungarischer Nationalität (also unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft) entschädigungslos enteignet wurden (vergl. § 1 Abs. 2 des Dekrets.

Auf der Pariser Konferenz am 20. 12. 1945 über Reparationen wurde von den 18 Teilnehmerstaaten der Grundsatz angenommen, daß jeder verbündete Staat für sich selbst den Wert des zu konfiszierenden Eigentums definiert und bei einem in Paris einzurichtenden interalliierten Reparationsamt anmeldet. Hier sollte die Aufteilung der Forderungen nach einem auszuhandelnden Schlüssel erfolgen. Zu diesem Zeitpunkt bestanden zwischen Präsident Beneš und der Regierung Fierlinger unterschiedliche Auffassungen über „Rechtsgundlage" und Vorgehensweise bei der entschädigungslosen Konfiskation des deutschen Vermögens. Beneš strebte eine Lösung auf internationaler Ebene an, einige Minister betrachteten die entschädigungslose Enteignung der Sudetendeutschen als eine innere Angelegenheit der CSR, die nach nationalem Recht gelöst werden konnte. (Die Unterschiedlichkeit der Auffassung von Präsident Beneš und dem Standpunkt der Regierung in der Frage des Vorgehens bei der Enteignung der Sudetendeutschen ist auch nach anderer Quelle bekannt; siehe die im Auftrag des Collegium Carolinum herausgegebene Zeitschrift „Bohemia", Bd. 2, Heft 1, 2001, S. 19 und 20.) Die tschechoslowakische Delegation auf der Pariser Konferenz unter Leitung von Vávro Hajdů entschied sich für einen Kompromißvorschlag, demzufolge das auf 100 bis 120 Mrd. Kč geschätzte Eigentum der ehemaligen Bürger deutscher Nationalität nicht in die vorgelegte Statistik einzubeziehen sei und ein Teil der Ansprüche gegen Deutschland nicht geltend gemacht und in Reserve gehalten werden sollte, für den Fall, daß es nötig würde, die abgeschobenen Deutschen zu entschädigen. Die Gesamthöhe dieser nicht geltend zu machenden Ansprüche hat Šitler mit 285 Mrd. Kč beziffert. Eine Anregung der Amerikaner, daß auf der zu diesem Zeitpunkt noch zu erwartenden Friedenskonferenz nur noch von den in Paris geltend gemachte Ansprüchen ausgegangen werden sollte, rief bei einigen Konferenzteilnehmern Unwillen hervor, deshalb wurde diese Anregung nur in abgeschwächter Form angenommen. Aus diesem Grund entschloß sich die tschechoslowakische Delegation, die Sudetendeutsche Frage und einige bisher nicht geltend gemachten Ansprüche gegen das Deutsche Reich doch noch zur Sprache zu bringen. Der britische Delegierte David Waley schloß letztendlich das Konferenzergebnis zusammen wie folgt: „Im besonderen Fall der Tschechoslowakei hat diese das Recht, mit den ehemaligen Bürgern wie mit Deutschen zu verfahren und deren Eigentum als deutsches zu behandeln, ohne daß dies bedeutet, daß deren Eigentum auf die Reparationen angerechnet wird." In letzter Minute der Konferenz wurde ein entsprechender § 4 D in das Abkommen eingereiht, dessen Text nur nebelhaft von Geldabschöpfung „im Zusammenhang mit der Abschiebung der ehemaligen tschechoslowakischen Angehörigen" spricht, weil, so Šitler, niemand öffentlich Hoffnungen auf eine Entschädigung der Sudetendeutschen wecken wollte. Etwas „genauere" Angaben hierzu machte Pavel Macháček in seiner Broschüre „CESTA ČECHŮ A NĚMCŮ KE DNEŠKU" (Der Weg der Tschechen und der Deutschen zur Gegenwart) auf der Seite 107:

„Auf der Pariser Konferenz wurde am 21. 12. 1945 ein ‚Abkommen über Reparationen von Deutschland, über die Gründung eines Interalliierten Reparationsamtes und über die Rückgabe von Währungsgold' unterzeichnet. Dort hatte die CSR einen Antrag auf Ersatz der Kriegsschäden in Höhe von 360 Mrd. Kč (Geldwert von 1938) vorgelegt. Diese Forderung wurde anerkannt und sollte als Reparation aus den westlichen Besatzungszonen kommen. In den ersten Nachkriegsjahren erhielt die Tschechoslowakei nur eine einzige Zahlung in Höhe von 675 Mill. Kč. Weiter haben wir nichts bekommen."

Zu dieser Aussage eine Ergänzung: Nach dem Londoner Schuldenabkommen vom 27. 2. 1953 wurden die deutschen Auslandsschulden endgültig festgelegt, das Interalliierte Reparationsamt wurde im Jahr 1959 aufgelöst.

Die Zeit hat gezeigt, so Šitler, daß die Diskussion über den Ersatz von Kriegsschäden nur eine theoretische Frage geblieben war. Von den in Paris geltend gemachten Ansprüchen in Höhe von 11,6 Mrd. Kč (nach Wert von 1938) hat die Tschechoslowakei – zieht man den Wert des nach dem Krieg konfiszierten deutschen Eigentums ab – in den 60er und 70er Jahren nur Entschädigungsleistungen für Opfer medizinischer Versuche erhalten und in jüngster Zeit Entschädigungen für ehemalige Kz-Häftlinge und ehemalige Zwangseingesetzte – das sind weniger als vier Prozent der Ansprüche. (Bei den 423 Mill. DM aus dem deutschen Zukunftsfonds an KZ-Häftlinge und Zwangseingesetzte gezahlten Entschädigungen handelt es sich, wie das Blatt „Týden" am 3. 4. 2000 schrieb, laut Delegationsleiter Šitler um eine „symbolische Geste", keinesfalls um eine Entschädigung.)

Hören wir noch einmal Pavel Macháček in seiner Broschüre: „Die Regierung der CSR hat auf Grundlage des Pariser Vertrages über Reparationen alles deutsche Eigentum sowie das der Sudetendeutschen beschlagnahmt." Dem entgegen ist zu bemerken, daß die tschechische Seite bereits am 25. 10. 1945 mit dem Präsidialdekret Nr. 108/1945 die entschädigungslose Konfiskation des „feindlichen Vermögens", also vor der Unterzeichnung des Pariser Abkommens vom 21. 12. 1945, auch die entschädigungslose Konfiskation des Eigentums physischer Personen deutscher und ungarischer Nationalität verfügt hat.

Die Überwindung der Erbschaft des Krieges, schreibt Jiří Šitler, war ein fortschreitender Prozeß. In Belgien konnten Deutsche ohne das Risiko einer erneuten Konfiskation neues Eigentum ab Jänner 1946 erwerben, in Dänemark ab dem 20. März 1946, in Frankreich ab dem 1. März 1947, in den Vereinigten Staaten ab dem 1. Jänner 1947, in Großbritannien ab dem 29. März 1949 und in Kanada ab dem 29. Dezember 1949. Weil kein Friedensvertrag geschlossen worden war, wurde das Ende des Kriegszustandes durch einseitige Verlautbarungen der Alliierten verkündet. Im Falle der USA wurde beispielsweise die Feindseligkeit durch Verkünden des Präsidenten am 29. November 1951 beendet. Der tschechoslowakisch-deutsche Kriegszustand endete mit der Verkündung des Staatspräsidenten am 3. Februar 1955. (Bemerkung: Daraus ergibt sich die interessante Feststellung, daß es sich bei allen nach der deutschen Kapitulation im Mai 1945 an den Deutschen verübten Verbrechen um unverjährbare Kriegsverbrechen handelt.)

Schließlich hat Šitler in seinem Beitrag festgestellt, daß es nunmehr nach der Verfassung aus dem Jahr 1992 nicht mehr möglich ist, in der Tschechischen Republik Eigentum entschädigungslos zu konfiszieren, es sei denn, daß dies ein Gericht im Strafverfahren entschieden hat. Und in einer aus dem Jahr 2000 stammenden „Euro-Novelle" zur Verfassung der Tschechischen Republik gelten angenommene internationale Verträge automatisch als Bestandteil des nationalen Rechtes. Im Verzeichnis der geltenden Verträge wurde auch das Pariser Abkommen über Reparationen aufgenommen. Konfiszierungen bleiben weiterhin nicht mehr die Frage von Dekreten, sondern sind Bestandteil eines „Gesamtpakets" der Kriegs- und Nachkriegsansprüche.

Gemäß den Kap. 53 und 107 der Charta der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1945 bleibt es Feindstaaten verboten, sich im Ergebnis des Zweiten Weltkriegs auf sie zu berufen. Soweit die Ausführungen von Jiří Šitler.

Offensichtlich hat sich inzwischen auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die Auffassung von der „Rechtmäßigkeit" der Enteignungsdekrete zu eigen gemacht. Das geht aus einer abgewiesenen Klage eines deutschstämmigen Bürgers der CR hervor, der erfolglos auf Herausgabe des nach den Präsidialdekreten 12 und 108 konfiszierten großväterlichen Erbes geklagt hatte (vergl. Prager Volkszeitung vom 26. 6. 2003: Keine Chance für Georg Wonka? – Seltsame „Rechtsprechung" des Europäischen Gerichtshofs).

Es ist ein Charakteristikum der tschechischen Seite, Ansprüche ohne ausreichende Rechtsgrundlage gewaltsam durchzusetzen und internationale Zustimmung hierzu erst im nachhinein durch listenreiche Winkelzüge zu erlangen. So geschehen nach Ausrufung der Tschechoslowakei am 28. 10. 1918 mit der militärischen Okkupation der damals von Deutschen besiedelten Gebiete, ohne daß die Grenzen des neuen Staates international festgelegt worden waren. In der darauffolgenden Friedenskonferenz im Jahr 1919 täuschte Beneš mit falschen Statistiken und dem Versprechen einer zweiten, „höheren" Schweiz. Mit Polen führte die CSR Krieg um das Teschener Gebiet, in der Slowakei kam es zu heftigen Kampfhandlungen gegen eine ausgerufene Räterepublik. Und als Sahnehäubchen darauf erfolgte von der CSR die Einverleibung der ihr nur in Treuhandverwaltung übergebenen autonomen Karpathoukraine mit der Vereinnahmung als fünftes Land der CSR mit der Verwaltungsreform im Jahr 1927 („Karpathorußland").

Gleich zu Beginn des Zweiten Weltkriegs teilte der Privatmann Beneš aus seinem Londoner Exil den Regierenden Großbritanniens und Frankreichs in Telegrammen mit, daß sich die Tschechoslowakei seit dem 15. März 1939 im Kriegszustand mit Deutschland befinde. Eine vorläufige tschechoslowakische Regierung wurde aber von Großbritannien überhaupt erst am 21. 7. 1940 anerkannt. Und sicher würde Beneš' Kriegszustand bis heute andauern, hätte ihn Staatspräsident Antonín Zápotocký nicht schließlich am 3. 2. 1955 für beendet erklärt!

Die von Beneš und seinen „Papalaschen" (papaláši) im Exil ausgearbeitete und gleich nach Kriegsende ins Werk gesetzte erste Phase der Vertreibung (verharmlosend als „wilde Abschiebung" bezeichnet) erfolgte ohne die Zustimmung der „Großen Drei" (USA, Großbritannien, UdSSR), Erst in der 13. und letzten Vollsitzung der Potsdamer Konferenz vom 1. zum 2. August 1945 kam es, nachdem Churchill bereits am 26. Juli 1945 vom Amt des Ministerpräsidenten zurückgetreten war, auf hartnäckiges Drängen Beneš' gerade noch zur Aufnahme des Kap. XIII über die „humane" Überführung der Deutschen aus der Tschechoslowakei in das von Truman, Bevin und Stalin signierte Abschlußkommunique der „Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin", wie die offizielle Bezeichnung des „Potsdamer Abkommens" lautet. Heute triumphiert die tschechische Seite, die Vertreibung, pardon humane Überführung, sei gar nicht von ihr selbst ausgegangen, vielmehr auf internationalen Beschluß der Siegermächte angeordnet worden.

Gleichermaßen verhält es sich in der Frage der entschädigungslosen Enteignung der Sudetendeutschen nach dem Krieg. Bereits ehe es zu einer Vereinbarung der übrigen Vertreter der Staaten der Anti-Hitler-Koalition über zu leistende deutsche Entschädigungen gekommen war, wurden die Deutschen in der Tschechoslowakei sogleich nach den Präsidialdekreten entschädigungslos enteignet (zuletzt mit dem Dekret Nr. 108/1945 vom 25. 10. 1945 über die Konfiskation feindlichen Vermögens). International aber wurde die Frage deutscher Reparationsleistungen erst auf der Pariser Konferenz vom 20. 12. 1945 zur Sprache gebracht. Das auf dieser Konferenz getroffene Abkommen hat die tschechische Seite durch die Hintertür einer Novelle zur tschechischen Verfassung im Jahr 2000 in nationales Recht übernommen. Und sie hat damit offensichtlich Erfolg, wie dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte aus dem vergangenen Jahr zu entnehmen ist. Und so können wir uns weiter „freuen" auf die tschechische Spitzfindigkeit auch in der Europäischen Union.

Wir haben gelesen

Hermann Volkmer: „Die Volksdeutschen in Oberösterreich – Ihre Intergration und ihr Beitrag zum Wiederaufbau des Landes nach dem Zweiten Weltkrieg". Verlag Franz Steinmaßl, (2003) ISBN 3-902427-00-0, € 23,90.

Dissertationen wie jene von Hermann Volkmer, die sich mit den Volksdeutschen, deren Flucht und Vertreibung, sowie der Integration in den Aufnahmeländern beschäftigen, sind Raritäten in der Fülle der Themen, die an den Universitäten von Historikern vergeben und approbiert werden. In dieser Lücke findet man eine ausführliche Behandlung dieses Komplexes eines Historikers, der siebenbürgische Wurzeln hat und sich mit ähnlichen Themen bereits ausführlich beschäftigte. Darunter finden wir „Rumäniendeutsche: Aussiedlung – Evakuierung – Integration in Österreich" und „Die Integration der volksdeutschen Flüchtlinge und Heimatvertriebenen in Wels".

In der nun vorliegenden Publikation untersucht der Verfasser den Zustrom der Volksdeutschen ab dem Jahre 1939 mit den Auswirkungen der Umsiedlungen auf den Gau Oberdonau und ab 1945 mit der Aufnahme der Flüchtlinge und Vertriebenen in das Land Oberösterreich.

Die damit im Zusammenhang stehenden demographischen Aspekte sind ausgezeichnet aufgearbeitet. Auch die von den Alliierten nach 1945 verfügten Umsiedlungen der bereits im Lande befindlichen Volksdeutschen ebenso wie die Position der öberösterreichischen Landesregierung zum Verbleib der Volksdeutschen wurde dargestellt.

Fragen zur wirtschaftlichen und beruflichen Integration, der arbeitsrechtlichen Situation mit der Phase der Unsicherheit für die Betroffenen, dem Strukturwandel als wesentliche Voraussetzung für die wirtschaftliche Integration, werden in einzelnen Kapiteln sehr ausführlich behandelt und lassen erahnen, welche Hindernisse die Vertriebenen zu überwinden hatten. Schließlich werden die Wohnungsprobleme mit den vorhandenen Möglichkeiten und der Eigenintiative aufgezeigt. Zahlreiche Bilder, Graphiken und Tabellen sind für den Leser sehr hilfreich. Das umfassende Literaturverzeichnis bietet allen Interessierten die Möglichkeit, zur Frage von Flucht, Vertreibung und Integration sich weiter zu vertiefen.